

Stadt Halle (Saale)
21.11.1997
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

der 36. öffentlichen Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 19.11.1997

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 15.10 Uhr bis 21.15 Uhr
Anwesenheit: siehe Anhang zur Niederschrift

Die 37. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet von Herrn **Dr. Brockmann**, Vorsitzender des Stadtrates.

Er stellte die fristgemäße Einladung sowie die Beschlußfähigkeit fest.
Zu Beginn der Tagung seien 54 Mitglieder des Stadtrates (94 %) anwesend.

Der Vorsitzende des Stadtrates verlas die in der 35. Tagung des Stadtrates in nichtöffentlicher Beratung gefaßten Beschlüsse.

Zur Tagesordnung:

Von der Tagesordnung zu streichen sei die Beschlußvorlage -
**Beschluß über die erneute
Auslegung des Entwurfes der Satzung zum Vorhaben- und
Erschließungsplan Nr. 52,
Westlicher Bereich Stadtteilzentrum Neustadt**, Vorlage Nr. 97/I-
36/794, unter TOP 15.

Herr **Lorenz**, SPD, fragte, ob die heute vorgelegte Materialien dem Antrag der SPD-Fraktion entsprechen sollen, dem Stadtrat einen Bericht zur Lage der Wirtschaft in der Stadt Halle zu geben. Er sei der Meinung, es sei ein Bericht zu erstatten.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** äußerte, die ausgegebenen Unterlagen seien zusätzliches Material zu einer ausführlichen Darstellung durch die Verwaltung. Herr Walter sei bereit dazu heute einen Vortrag zu halten oder zu einem gesondert ausgewiesenen Tagesordnungspunkt zu einer der nächsten Tagungen des Stadtrates.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, erklärte, seine Fraktion wünsche die Behandlung dieses Themas auf der Stadtratstagung im Dezember unter einem eigenen Tagesordnungspunkt.

Herr **Kupke**, CDU, wies auf einen von ihm eingebrachten Dringlichkeitsantrag hin. Er bitte, den Antrag auf die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil zu setzen.

Herr **Dr. Köck**, PDS, bat, den Antrag von Herrn Stadtrat Kupke zum P&R Heide-Süd (unter Top 18 - Wiedervorlage von Anträgen) heute nicht zu behandeln, sondern ihn mit der gesamten Park-and-Ride-Problematik zu diskutieren.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmung zur Tagesordnung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

TOP 01 **Genehmigung der Niederschrift** der 35. Tagung am 15. Oktober 1997

(öffentlicher Teil)

TOP 02 **Beschlußvorlage - 2. Nachtragssatzung und 2. Nachtragshaushaltsplan 1997**

Vorlage-Nr.: 97/I-36/811

TOP 03 **Beschlußvorlage - Vierte Änderung der Satzung über die Erhebung der**

Spieleinrichtungen sowie Vergnügungssteuer auf Spielgeräte und Veranstaltungen anderer Art der Stadt Halle (Saale)

Vorlage-Nr.: 97/I-36/813

TOP 04 **Beschlußvorlage - Teilnahme der städtischen Beteiligung an der Deutschen Städtereklame GmbH, Frankfurt/Main an dem steuerlichen Anrechnungsver-**

fahren
Vorlage-Nr.: 97/I-36/816

- TOP 05 **Beschlußvorlage - Neuorganisation der Schulspeisung
ab 01.01.1998**
Essenanbieter
 durch Übertragung der Leistung an private
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/806
- TOP 06 **Beschlußvorlage - Namensgebung für die
Leichtathletikhalle**
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/808
- TOP 07 **Beschlußvorlage - Georg-Friedrich-Händel-HALLE -
Ersteinrichtung**
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/782
- TOP 08 **Beschlußvorlage - Satzung über die Benutzung von
Sportstätten und Bädern**
 der Stadt Halle (Saale)
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/817
- TOP 09 **Beschlußvorlage - Satzung über die Entrichtung von
Entgelten für die Benutzung**
(Saale)
 von Sportstätten und Bädern der Stadt Halle
 - Sportstättenentgeltsatzung -
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/818
- TOP 10 **Beschlußvorlage - Umgestaltung Trothaer
Straße/Reilstraße 9. BA**
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/657
- TOP 11 **Beschlußvorlage - Abwägungsbeschluß über die zum
Entwurf des Bebauungs-**
Halle-Reideburg,
und Bedenken
 planes Nr. 89 der Stadt Halle, Wohnbebauung
 Schneeberger Straße, vorgebrachten Anregungen
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/778
- TOP 12 **Beschlußvorlage - Beschluß zur Satzung des
Bebauungsplanes Nr. 89 der Stadt**
Schneeberger Straße mit Begründung
 Halle, Wohnbebauung Halle-Reideburg,
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/779
- TOP 13 **Beschlußvorlage - Abwägungsbeschluß über die zum
Vorentwurf und Entwurf**
vorgebrachten Bedenken und
 des Bebauungsplanes Nr. 62 „Binnenhafenstraße“
 Anregungen
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/780
- TOP 14 **Beschlußvorlage - Beschluß zur Satzung und Begründung
des Bebauungs-**
planes Nr. 62 „Binnenhafenstraße“
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/781
- TOP 15 **Beschlußvorlage - Beschluß des Stadtrates der Stadt
Halle zum Regionalen**
 Entwicklungskonzept der Region Halle (Entwurf)
 Vorlage-Nr.: 97/I-36/787

TOP 16 **Beschlußvorlage - Straßenverlaufänderung der
Kröllwitzer Straße**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/819

TOP 17 **Wiedervorlage von Anträgen**

**Antrag der Fraktion Neues Forum - auf
Einrichtung von Zebrastreifen über den
Innenstadtring**
Vorlage-Nr.: 97/I-34/A-354

**Antrag der CDU-Fraktion - zum Verkauf der
Liegenschaften Passendorfer Schloß-
chen, Kurbad Wittekind, ehemaliges Pionierhaus
Peißnitz und Gut Gimritz**
Vorlage-Nr.: 97/I-34/A-359

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN -
Ausschilderung des
Saale-Radwanderweges**
Vorlage-Nr.: 97/I-34/A-365

TOP 18 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**Antrag des Stadtrates Lorenz , SPD - Umwandlung
des Parkstreifens
Robert-Franz-Ring in eine Linksabbiegespur**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-377

**Antrag der SPD-Fraktion - zur Bildung einer
interfraktionellen
„Arbeitsgruppe Wohnen“**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-378

**Antrag der SPD-Fraktion - Zeit- und Strukturplan
für die Umsetzung des
WIBERA-Gutachtens**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-379

**Antrag des Stadtrates Kupke, CDU - Pflege von
Rasenflächen**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-380

**Antrag der SPD-Fraktion - Umsetzung des
Runderlasses des Ministeriums für
Wirtschaft vom 29.11.1996 - 61-32570/2
„Öffentliches Auftragswesen;
Anforderung von Bewerbererklärungen“**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-381

**Antrag der F.D.P.- Fraktion - Erarbeitung
grundlegender Satzungen für**

die Arbeit des Stadtrates
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-382

**Antrag der F.D.P.-Fraktion - Gebührensatzung für
die Kindertageseinrichtungen
der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-383

**Antrag der F.D.P. -Fraktion - Konzept zur
Entwicklung der Halleschen Messe**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-384

**Antrag der F.D.P.-Fraktion - Grüner Pfeil an
Kreuzung Franckestr./Breitscheidstr.**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-385

**Antrag der F.D.P.-Fraktion - Geplante Errichtung
eines Einkaufszentrums in
Neustadt-Mitte**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-386

**Antrag der Fraktion Neues Forum - zum
Sportdreieck**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-387

**Antrag der Fraktion Neues Forum -
Fahrradabstellmöglichkeiten am Haus der
Fraktionen**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-388

**Antrag des Stadtrates Kupke, CDU - zur Verwendung
von HAVAG-Geldern für
private Zwecke des Vorstandsmitgliedes Dr.
Colditz**
Vorlage-Nr.: 97/I-36/A-389

TOP 19 **Anfragen von Stadträten**

TOP 20 **Mitteilungen**

Zu TOP 01 - Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 35. öffentlichen
Tagung des Stadtrates
am 15.10.1997.

**Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift: mehrheitlich z u g
e s t i m m t**

Damit wurde die Niederschrift der 35. öffentlichen Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 15.10.1997 in der vorliegenden Form genehmigt.

Zu TOP 02 - Beschlußvorlage - 2. Nachtragssatzung und 2. Nachtrags-

haushalt 1997 - Vorlage Nr. 97/I-36/811

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, erläuterte ausführlich die Vorlage.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., ging u.a. auf die Situation bei der Einnahme der Kindertagesstättengebühren ein. Man habe die Möglichkeit, die schwierige Situation durch eine Kostenreduzierung zu verbessern oder durch eine Veränderung der Einnahmesituation oder möglicherweise auch durch beides. Das sei nicht der Fall. Seine Fraktion habe bei der Haushaltsdiskussion darauf hingewiesen, daß die Stadt zu einer Mindereinnahme kommen werde, die in einer Größenordnung von 2 Mio DM liege. Das bestätige sich jetzt. Seine Fraktion sei nicht der Meinung, daß man ein solches Finanzgebaren als eine solide Haushaltspolitik bezeichnen könne. Unter diesem Aspekt werde man dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen. Jedoch nur festzustellen, daß etwas im Argen liege, ohne eine Lösung anzubieten, sei nicht das Credo, das er für seine Fraktion in Anspruch nehme. Der Vorschlag, diese Misere zu verändern - was auch zu einer Zustimmung zum Nachtragshaushalt durch seine Fraktion führen würde - sei, daß schnellstmöglich der Vorschlag vom Juni 1996 umgesetzt werde, nämlich eine Umwandlung der städtischen Kindertageseinrichtungen in einen Eigenbetrieb anzugehen. Mit einer solchen Herangehensweise hätte man die Chance, dieses Problem zu lösen. Ähnlich habe man auch beim „neuen theater“ agiert. Er übergab dem Vorsitzenden des Stadtrates einen **Ergänzungsantrag**.

Herr **Doege**, CDU, ging auf einige der Gründe, die einen Nachtragshaushalt erforderlich machten, ein. Hätte nicht bereits bei der Verabschiedung des Haushaltes 1997 erkannt werden können oder müssen, daß damit schon Ursachen für erhebliche Abweichungen bei den Einnahmen und Ausgaben im laufenden Haushaltsjahr gesetzt werden? Erneut könne der

Ausgleich des Verwaltungshaushaltes nur gesichert werden durch eine weitere Zuführung in Höhe von 1,9 Mio DM aus dem Vermögenshaushalt, eine Summe, die erneut die Rücklage im Vermögenshaushalt mindere. Die Ursachen der insgesamt zusätzlichen Belastungen im Verwaltungshaushalt in Höhe von rund 32 Mio DM hätten neben den prekären volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie z.B. dem erneuten Einbruch bei der Einkommenssteuer sowie einem starken Anstieg bei den Ausgaben nach dem Bruttosozialhilfegesetz auch ausgesprochen hausgemachte Gründe. Hier steche die Situation bei den Kita-Gebühren ins Auge. Ein einheitlicher und sozial verträglicher Gebührensatz hätte dieses Defizit vermieden. Auch seine Fraktion sei der Auffassung, es müsse schnellstens eine neue, den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechende Gebührensatzung mit einem einheitlichen Gebührensatz her. Der negative Ausgang des Experiments mit gestaffelten Gebühren sollte Lehre und Warnung genug sein. In diesem Zusammenhang sei die Pleite bei der Organisation der Essengeldkassierung in den Kindertagesstätten nicht nachvollziehbar. Wenn von zwölf Monaten nur elf Monate Essengeldkassierung haushaltswirksam werden, frage man sich, wer für den verbleibenden Monat aufkomme. Hier habe man noch Erläuterungsbedarf. Er ging weiter auf einen Zuschuß an die berufsgenossenschaftliche Klinik „Bergmannstrost“ ein. Diese Belastung sei aus Sicht der CDU-Fraktion nicht erforderlich, wenn man bereits 1992 verantwortungsbewußtere Entscheidungen getroffen hätte. Weitere Schwerpunkte seiner Ausführungen waren die Ausgaben für die Fördermaßnahmen für Beschäftigung von 280 Sozialhilfeempfängern, der Verlustausgleich, der in das Nahverkehrsunternehmen HAVAG fließe, die Mindereinnahmen bei den Parkgebühren, die Umsetzung des WIBERA-Gutachtens in der Verwaltung.

Die CDU-Fraktion habe dem Haushalt 1997 zugestimmt, wenn auch an manchen Stellen mit Bauchschmerzen. Es sei logisch und konsequent, unter Berücksichtigung der kritischen Bemerkungen zum Nachtragshaushalt diesem ebenfalls zuzustimmen.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, erklärte, im Unterausschuß Finanzen und im Hauptausschuß hätten die Mitglieder seiner Fraktion dem Nachtragshaushalt zugestimmt. Dies werde man in der Stadtratstagung nicht wiederholen, nachdem sich für sie ein neuer Sachverhalt ergeben habe. Am 22.10.1997 habe die Fraktion Herrn Koch gebeten, ihr die Haushaltsgenehmigung des Regierungspräsidiums zukommen zu lassen, weil man u.a. vermutet habe, daß diese Genehmigung für die Beurteilung des Nachtragshaushaltes relevant sein könnte. Am 10.11.1997 habe Herr Koch diese Genehmigung übersandt, so daß sie für die Beratungen im Unterausschuß Finanzen und im Hauptausschuß nicht mehr berücksichtigt werden können.

Er finde es verwunderlich, daß diese Genehmigung, die jedoch mit Bemerkungen auf erhebliche Probleme dieser Haushaltssatzung hinweise, nicht umgehend den Stadträten zugeleitet worden sei. Seine Fraktion werde deshalb für die Zukunft beantragen, daß haushaltrechtliche Genehmigungen und Verfügungen der Kommunalaufsichtsbehörden umgehend dem Unterausschuß Finanzen vorzulegen sind.

Die wesentlichen Teile der Bemerkungen der Kommunalaufsichtsbehörde ließen sich wie

folgt zusammenfassen: Der Verwaltungshaushalt habe ein strukturelles Defizit von 36 Mio DM

Das bedeute, daß man die laufenden Ausgaben in dieser gewaltigen Größenordnung nicht

durch laufende Einnahmen decken könne. Ein Haushaltsausgleich sei durch Entnahme aus

der Rücklage und die Verwendung der vom Land zur Verfügung gestellten Investitionshilfe

erzielt worden. Daran habe sich auch durch den Nachtragshaushalt nichts geändert.

Die Kommunalaufsicht habe der Verwendung der Investitionshilfe zum Ausgleich des Ver-

waltungshaushaltes ausnahmsweise zugestimmt. Sie stelle dabei aber fest: Diese Verfahrens-

weise könne künftig nicht fortgesetzt werden, weil sie den Prinzipien einer geordneten Haus-

haltungsführung grundlegend widerspreche; diese gehe davon aus, daß die Ausgaben des Ver-

waltungshaushaltes aus eigenen Einnahmen zu decken sind.

Der Hinweis, daß die Haushaltführung der Stadt Halle den Prinzipien einer geordneten

Haushaltführung grundlegend widerspreche, hätte spätestens im Mai dem Stadtrat zugänglich gemacht werden müssen. Statt dessen lese

man immer weiter - jetzt wieder in den Erläute-

rungen zur WIBERA-Problematik - die einlullende Feststellung, daß die Haushalte ja bisher

ausgeglichen gestaltet werden konnten.

Wenn man bedenke, daß die Kommunalaufsicht des weiteren auf eine Diskrepanz zwischen

wachsenden Ausgaben vor allem bei Schuldendiensten und begrenzt zur Verfügung stehenden

Finanzierungsmitteln hinweise, erlaube er sich den Hinweis, ob man manche Ausgabe in

diesem Jahr beschloss hätte, - wie z.B. die Händel-HALLE - die die Liquiditätsfrist und die

finanziellen Möglichkeiten weiter einschränke.

Grundsätzlich hätten die Feststellungen der

Kommunalaufsichtsbehörde, die im Tenor mit

den Feststellungen des WIBERA-Gutachtens übereinstimmen, zu intensiven Bemühungen

führen müssen, die Einnahmen- und Ausgabensituation strukturell zu verändern.

Wenn er den Nachtragshaushalt mit dem ursprünglichen Antrag vergleiche, könne er nicht sehen, daß angesichts des strukturellen Defizits irgend etwas getan worden sei.

Er weise darauf hin, daß seine Fraktion seit Jahren gefordert habe, die Mittel für die Wirt-

schaftsförderung zu erhöhen. Einnahmeverbesserungen könnten nicht allein durch Gebühren-

erhöhung erreicht werden. Aktive Einnahmepolitik heiße vornehmlich Wirtschaftspolitik.

Er nannte weitere Beispiele der Nichtumsetzung von selbst kleineren Maßnahmen zur Aufgabenreduzierung bzw. Einnahmeverbesserung.

Die SPD-Fraktion könne der Nachtragshaushaltssatzung 1997 nicht zustimmen. Der Ober-

bürgermeister werde aufgefordert, den Haushalt 1998 bereits im Dezember 1997 vorzulegen.

Frau **Ehlert**, PDS, führte aus, auch im Nachtragshaushalt 1997 bekomme man die Auswirkungen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik auf die Kommunen deutlich zu spüren. So würden die Ausgaben für Sozialhilfe um 9,1 Mio DM steigen und die Einnahmen aus der Einkommenssteuer um 6,2 Mio DM sinken. Die 2 Mio DM Mehreinnahmen, die man bei veränderten Kita-Gebühren hätte, würden auch nicht retten. Auch Haushaltskonsolidierung sei ein Teufelskreis. Aufgrund fehlender Einnahmen werde Personal abgebaut, was wiederum zu Verlusten bei der Einkommenssteuer führe bzw. zum Ansteigen der Sozialhilfekosten. Da sei die Beschäftigung von 280 Sozialhilfeempfängern auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Unverständlich sei, daß nicht die Förderungsmöglichkeit des Landes für die Beschäftigung von 500 Sozialhilfeempfängern genutzt wurde. Sie erinnerte an den Antrag zum Haushalt 1997, daß die Verwaltung die Fortsetzung der gestrichenen AB-Maßnahmen in Höhe von 2,9 Mio DM gemeinsam mit dem Arbeitsamt prüfen sollte. Ein Ergebnis dieser Prüfung sei nicht bekannt. Von den beschlossenen Anträgen seien noch einige nicht umgesetzt, z.B. die Schaffung von sechs Planstellen für Schulsozialarbeiter. Nach Aussage der Verwaltung soll dieser Antrag spätestens 1998 umgesetzt werden. Des weiteren sei die Erweiterung der Budgetierung der Sachausgaben für die Bereiche Kultur, Sport und Jugendhilfe beschlossen worden. Die Einführung in den genannten Haushaltsstellen habe mit dem Nachtragshaushalt umgesetzt werden sollen. Da im Haushaltsplan nur zum Teil mit Deckungsvermerken gearbeitet worden sei, sei auch dieser Antrag nicht konsequent umgesetzt worden. Die Parkeinnahmen würden mit dem Nachtragshaushalt um 450 TDM gekürzt, da die Parkraumbewirtschaftungssatzung bisher im Stadtrat nicht beschlossen und mehrheitlich der Umbau des Hallmarktes beschlossen worden sei, was wiederum zu Einnahmeverlusten geführt habe. Gleichzeitig habe mit dem PDS-Antrag zur Erzielung von Einnahmen aber auch die Verlängerung der Parkzeiten entsprechend der veränderten Ladenöffnungszeiten geprüft werden sollen. Die Parkuhren endeten aber immer noch 17 Uhr. Es sei zu fragen, ob das gewollt sei. Falls es nicht der Fall sein sollte, sei die beantragte Beratung in den Fachausschüssen bis zur Haushaltsplanberatung 1998 nachzuholen. Umgesetzt worden sei der Antrag ihrer Fraktion zur 10%igen Reduzierung der Ausgaben mit Ausnahme des Sammelnachweises Personalkosten in Höhe von 3 Mio DM. Positiv sei auch die Durchsetzung des Kassenwirksamkeitsprinzips im Nachtragshaushalt und die Einsparung von Zins und Tilgung in Höhe von 3 Mio DM sowie die Zuführung an die Rücklage in Höhe von 4,3 Mio DM. Die Zustimmung zum Haushalt 1997 habe ihre Fraktion von der Annahme ihrer Anträge abhängig gemacht. Da bisher nicht alle Anträge von der Verwaltung umgesetzt worden seien, werde die PDS-Fraktion diesem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Herr **Heft**, PDS, fragte zu einer Haushaltsstelle (Lichtzeichenanlage Magdeburger Straße/ Straße der OdF). Sei hier ein Antrag auf außerplanmäßige Ausgaben gestellt worden?

Frau **Thomaschewski** gab Auskunft, daß diese außerplanmäßige Ausgabe im Hauptausschuß vor Beginn der Baumaßnahme genehmigt worden sei.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** ging auf die bisher gemachten Äußerungen ein:

Es sei nicht zu leugnen, daß die Überlegungen der Verwaltung in Sachen Kindergartengebühren nicht den Erfolg gehabt hätten, den diejenigen, die sie erdacht haben und diejenigen, die ihnen zugestimmt haben, damit verbunden haben. Daraus werde man Konsequenzen ziehen. Niemand könne angesichts der gesamten Finanzlage darüber glücklich sein, wenn an einer Stelle Ausfälle entstünden, die nicht nötig seien. Dazu gehörten auch Themen wie Eigenbetrieb, Kindergärten, Budgetierung. Es sei darauf hinzuweisen, daß Budgetierung geänderte rechtliche Bestimmungen voraussetze, die noch nicht gegeben seien. Um diesen Zustand zu überwinden, könne man zu anderen Instrumenten kommen, etwa dem Instrument Eigenbetrieb. Man habe schon vor geraumer Zeit auch die Möglichkeit eines Eigenbetriebes bei den Kindertagesstätten in Erwägung gezogen und sei dabei, die Auswirkungen genau zu untersuchen. Er schlug vor, den Antrag der F.D.P.-Fraktion in der Weise umzugestalten, daß gesagt werde, entweder Eigenbetrieb oder vergleichbar wirksam. Dies alles seien Punkte, die auch in den nächsten Jahren noch anstehen würden: die Themen WIBERA und Budgetierung. Zu den Ausführungen von Herrn Prof. Schuh: All die Überlegungen, die dieser heute als neu und zum ersten Mal durch die Verfügungen des Regierungspräsidiums hier erfahren haben wolle, seien in der Vergangenheit behandelt worden, z. B. bei der Beschlußfassung über die Einholung eines WIBERA-Gutachtens, das gerade mit den Gründen, die Herr Prof. Schuh vorgetragen habe, dann auch vom Stadtrat entsprechend finanziert worden sei. Dieses Gutachten sei allen zur Verfügung gestellt worden, und es sei ausführlich darüber berichtet worden. Auch habe er, der Oberbürgermeister, schon vor Jahren auf die negative Finanzentwicklung deutlich hingewiesen und sei deshalb der parteipolitischen Zuspitzung geziehen worden. Wenn von einem strukturellen Defizit ausgegangen werde, dann sollte doch einmal an die Haushaltsberatungen der letzten Jahre erinnert werden. Da habe dieses Thema regelmäßig im Mittelpunkt der Diskussion gestanden. Nur habe Herr Prof. Schuh dann immer den Eindruck hervorgerufen, als sei er sachkundig. Wenn man den heutigen Beitrag gehört habe, müsse er sagen, diese Diskussionen seien leider fruchtlos verlaufen. Wenn das Thema Investitionshilfe angesprochen werde, dann rufe er in Erinnerung, daß das Land 50 Mio DM Zuschüsse an die Städte und Kommunen gestrichen habe und darüber hinaus weitere 10 % dieser Einsparungssumme habe streichen wollen. Im Landtag sei es dann, auch durch den Einsatz der PDS, zu einem Kompromiß gekommen; dieser Kompromiß habe ausdrücklich vorgesehen, daß diese 5%, die abgezogen gewesen seien von der der Stadt zustehenden Zuschußsumme, auch für den Ausgleich des Haushaltes eingesetzt werden konnten.

Dies sei Inhalt des politischen Kompromisses auf Landesebene gewesen. Was im übrigen in der Verfügung des Regierungspräsidiums stehe, enthalte eine Fülle von Selbstverständlichkeiten, nämlich, daß die Einnahmesituation zu verbessern sei und die Ausgaben sparsamer gehandhabt werden sollten. Seit dem Jahre 1994 habe man im Grunde den Verwaltungs-haushalt trotz steigender Ausgaben und Tarife nicht erhöht und fahren etwa auf einer Linie. Wenn man alle zusätzlichen Millionenbeträge berücksichtige, die auch für soziale Dinge ausgegeben worden seien, trotz einer planmäßigen Absenkung um etwa 84 Mio DM - das sei die absolute Differenz zu dem Nachtrag, der jetzt für 1997 im wesentlichen auch schon auf das Ende des Jahres projiziert worden sei -, wenn man das geschafft habe, dann zeige dies, daß hier alle Anstrengungen von Stadtrat und Verwaltung unternommen worden seien, um ganz entscheidend diesen Haushalt im Gleichgewicht zu halten.

Man habe sich folgende Frage zu stellen: Wenn man diesen Haushalt nicht verabschiede, dann habe man keinen Haushalt für das Jahr 1997, jedenfalls nicht in den veränderten

Positionen. Dann werde man das, was jetzt an Verbesserungen erreicht worden sei, nicht machen können und werde zu einem rechnerisch unausgeglichenen Ergebnis kommen.

Es werde die Prozedur verzögern und werde positive Auswirkungen aus diesem Haushalt verzögern, und es werde niemandem nützen. Was heute erreicht werden solle, sei die Anpassung an die Ist-Situation des Jahres 1997, und keine politische Partei könne es sich leisten, die Ist-Situation des Jahres 1997 einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sprach die Planstellen für Schulsozialarbeit an. Es sei nicht so, daß die Verwaltung hier nicht gearbeitet hätte. Man habe beim Land erreichen können, daß Schulsozialarbeit einen höheren Stellenwert erhalten habe. Es sei ein Erlaß in Vorbereitung, daß das Land Schulsozialarbeit - Personal- und Sachkosten für Schulsozialarbeit - an Schulen, an denen das notwendig sei, zu 90% fördere. Das sei ein sehr vernünftiges

Ergebnis. Das Soforthilfeprogramm für Langzeitarbeitslose sei kurzfristig auf die Stadt zugekommen. Über 800 Langzeitarbeitslose seien angeschrieben worden. Ein solches Programm müsse auch sozial begleitet werden und soll nicht nur einen finanziellen Effekt, sondern vor allem einen menschlichen, erreichen. Zu den Kindertagesstättengebühren und den verminderten Einnahmen: Sie stehe nach wie vor und heute noch mehr zu der gestaffelten Gebührensatzung. Durch diese Erhebung zur Situation der Eltern sei z.B. bekannt geworden - und das habe sie erschreckt - daß 24 % der Eltern ein Bruttojahreseinkommen unter 16 500 DM haben. Wenn man die beabsichtigte Einnahme hätte erzielen wollen, dann hätte man eine Gebühr von über 200 DM erheben müssen.

Das sei für viele Familien einfach nicht zu leisten und die Kinder müßten zu Hause bleiben.

Dann sei folgende Konsequenz gegeben: Die Stadt werde gefordert und müsse Hilfe zur

Erziehung leisten, eine Pflichtleistung der Stadt. Es spreche niemand darüber, daß die Stadt bei den Hilfen zur Erziehung im Jahre 1997 Minderausgaben habe, weil die Maßnahmen, die die Stadt mit Hilfe des Jugendausschusses und der Freien Träger getroffen habe, zu greifen beginnen.

Herr Beigeordneter **Koch** merkte zu den Äußerungen von Herrn Prof. Schuh an, richtig sei, daß Herr Prof. Schuh darum gebeten habe, die Haushaltsgenehmigung für das Jahr 1997 zu erhalten. Diesem Wunsch sei entsprochen. Zusätzlich habe er darauf hingewiesen, daß das Motiv, weswegen Herr Prof. Schuh die Haushaltsgenehmigung erbeten hatte - nämlich, um die entsprechenden Informationen zu bekommen, die für städtische Unternehmen darin enthalten sein sollten nur, höchstindirekt darin angesprochen worden seien. Die Haushaltsgenehmigung habe er im einzelnen erläutert, weil er Anlaß dazu gesehen habe, denn diese Haushaltsgenehmigung sei schwierig zu verstehen, sie versuche der Stadt auch zu helfen, indem sie die entsprechenden Hinweise und Mahnungen gebe, zukünftige Haushalte auszugleichen. Auf der anderen Seite sei es ihm aber auch darum gegangen, die entsprechende Kommentierung zur Verfügung zu stellen, damit diese Haushaltsgenehmigung nicht mißinterpretiert werde. Die Frage der Investitionshilfe sei im wesentlichen durch die Ausführungen von Herrn Dr. Rauen erläutert worden. Er weise zusätzlich darauf hin, daß die Investitionshilfe in etwa die Größenordnung gehabt habe, die auch aus den Rücklagen für den Vermögenshaushalt zur Verfügung gestellt worden war. Es hätte so gesehen nur des Austausches zwischen Investitionshilfe in Bezug auf die entsprechenden Rücklagen bedurft. Man habe es deshalb nicht geändert, weil das Regierungspräsidium diese Planung so hingenommen habe und es auch in keiner Hinsicht einen Gesetzesverstoß bedeutet habe. Was ihn besonders in den Ausführungen von Herrn Prof. Schuh geärgert habe, sei, daß dieser einerseits die abschließende und endgültige Konsolidierung des Haushaltes als leicht erreichbar darstelle und auf der anderen Seite überhaupt nicht beschreibe, wie mühevoll es für Stadtrat und Verwaltung sei, dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Es sei leicht, auf der einen Seite ein mustergültiges Ziel zu beschreiben, dabei auch noch zu unterstellen, daß dies möglichst schnell und leicht erreicht werden könne und dabei die Schwierigkeiten zu verschweigen, die Stadtrat und Verwaltung haben, entsprechende Vorschläge zu machen bzw. entsprechende Maßnahmen zu beschließen. Auch zeige die polemische Kritik keinen einzigen konkreten Verbesserungsvorschlag auf.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, wies auf die positiven Ansätze im Vermögenshaushalt, d.h. im weiteren Ausbau der Infrastruktur, in Bezug auf die Schulen, in der Kultur und im Sport selbst in diesem Nachtragshaushalt hin.

Herr **Lorenz**, SPD, meinte, die Frage bleibe, warum die Haushaltsgenehmigung nicht vorgelegt worden sei. Es stünden nicht nur Banalitäten darin, sondern eine ganze Menge von durchaus ernstzunehmenden Dingen, die es zu berücksichtigen gelte, z.B. zum Thema Haushaltsreste oder Opernhaus. Wie sehe es z.B. im Planungsbereich aus? Wieviel Geld sei für Planungen ausgegeben worden, die bis zum heutigen Tage nicht umgesetzt worden seien?

Herr **Boltze**, Volkssolidarität 1990 e.V. Halle /DIE GRAUEN-Graue Panther, stellte einen **Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.**

Abstimmung zum GO-Antrag auf Abbruch der Diskussion: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

Der Vorsitzende des Stadtrates verlas den Ergänzungsantrag der F.D.P.-Fraktion:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu veranlassen, daß umgehend die Kindertagesstätten der Stadt in einen Eigenbetrieb oder in eine andere vergleichbare Betriebsform überführt werden. Dies hat bis spätestens zum 31.03.1998 zu erfolgen.

Abstimmung zum Ergänzungsantrag der F.D.P.-Fraktion: **bei 18 Ja-Stimmen**

23 Nein-Stimmen

10 Enthaltungen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung zur Vorlage:
bei 31 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

16 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 97/I-36/811- 2. Nachtragssatzung und 2. Nachtragshaushalt 1997

Der Stadtrat beschließt die 2. Nachtragssatzung und
den 2. Nachtragshaushalt
für das Haushaltsjahr 1997.

Zu TOP 03 - Beschlußvorlage - Vierte Änderung der
Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer
auf Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie
Veranstaltungen anderer Art der
Stadt Halle (Saale) - Vorlage Nr.

97/I-36/813

-

Herr **Kupke**, CDU, fragte, wie die Verwaltung die Einhaltung der
Satzung kontrolliere.

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen,
antwortete, zuständig
sei das städtische Steueramt, ihm würde z.B. die Kabinenzahl
durch das entsprechende Unternehmen schriftlich mitgeteilt. Daraus
würde die steuerliche Veranlagung ermittelt.
Daß die Stadt hier einen Grund habe, zu entsprechenden Weiterungen
zu kommen, habe
er noch nicht erkannt.

Weitere Nachfragen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 97/I-36/813 - Vierte Änderung der Satzung über die
Erhebung der Vergnügungssteuer auf
Spielgeräte und Spieleinrichtungen sowie
Veranstaltungen anderer
Art der Stadt Halle (Saale)**

Der Stadtrat beschließt:

1. Der vierten Änderung der Satzung über die
Vergnügungssteuer wird
zugestimmt.

Zu TOP 04 - Beschlußvorlage - Teilnahme der
städtischen Beteiligung an
der Deutschen Städtereklage GmbH,
Frankfurt/Main an dem
steuerlichen Anrechnungsverfahren
- Vorlage Nr. 97/I-36/816

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 97/I-36/816 - Teilnahme der städtischen Beteiligung an
der Deutschen Städte-
Frankfurt/Main an dem steuerlichen Anrech-
reklame GmbH,
nungsverfahren

Der Stadtrat beschließt, daß die Teilnahme der
städtischen Beteiligung
an der Deutschen Städtereklage GmbH durch
Übertragung dieser Beteiligung
in den Betrieb gewerblicher Art Bäderbetrieb
gewährleistet wird.

Die städtische Beteiligung an der Deutschen
Städtereklame wird als gewillkürtes
Vermögen in den Betrieb gewerblicher Art
Bäderbetrieb - Freibäder - eingelegt.

Zu TOP 05 - Beschlußvorlage - Neuorganisation der
Schulspeisung ab
Leistung an private
01.01.1998 durch Übertragung der
Essenanbieter - Vorlage Nr. 97/I-36/806

Der Vorsitzende des Stadtrates wies auf einen Sachantrag der PDS-Fraktion zur Vorlage hin.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, begründete die Vorlage.

Herr **Prof. Kiel**, PDS, erklärte, seine Fraktion plädiere dafür, die Bedingungen für die Schülerspeisung so zu gestalten, daß mehr Kinder als bisher das Angebot Schülerspeisung annehmen können und wollen.

Er teilte den **Sachantrag** seiner Fraktion mit: ***Inhaber/innen des Halle-Passes erhalten für ihr drittes und jedes weitere Schulkind einen Freitisch.***

Herr **Jeschke**, Neues Forum, ging auf die Aussage der Vorlage ein, daß das Vertragsverhältnis zwischen den Eltern und den Speiseanbietern nach entsprechender Einzelverhandlung geschlossen wird. Er fragte, wie die Verwaltung das absichern und mit welchen konkreten Vorstellungen das umgesetzt werden soll.

Herr Beigeordneter **Gärtner** erläuterte, es werde bereits seit einem Beschluß des Stadtrates in der vergangenen Legislaturperiode praktiziert. Nur sei bisher das Ausgabenpersonal von der Stadt gestellt worden, ebenso sei die Kassierung durch die Stadt erfolgt.

Herr **Bönisch**, CDU, stellte den **Änderungsantrag** auf ***Streichung*** des Wortes ***Gesamtkonferenz*** im Beschlußtext.

Herr **Gärtner** ging auf die bisherige Praxis ein, daß in der Gesamtkonferenz der Beschluß dazu gefaßt worden sei und dies keinen Widerspruch bei den Eltern erregt habe.

Herr **Dr. Reinhardt**, SPD, äußerte sich zum Sachantrag der PDS-Fraktion. Die Bereitstellung von Freitischen sei in anderen Bereichen, z.B. in Kindertagesstätten, nicht üblich. Aus Sicht seiner Fraktion würde eine Einführung zur Ungleichbehandlung führen.

Herr **Bönisch** fragte nach den Kosten, die die Annahme des PDS-Antrages mit sich bringen würden.

Herr **Gärtner** antwortete, daß 213 TDM zusätzlich zur Verfügung gestellt werden müßten.
Er wies auf die Vergünstigungen durch den Halle-Paß hin.

Herr **Heft**, PDS, fragte zur Preisgestaltung für das Essen nach dem Jahr 1998.

Herr **Gärtner** erläuterte, die Essenanbieter gestalten ihre Preise frei und die Stadt subventioniere dazu.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** äußerte, ihm sei bewußt, daß es natürlich unpopulär sei, gegen zusätzliche Freitische zu sein. Gleichwohl müsse er dies vorschlagen. Er wies auf die Finanzlage der Stadt hin und warnte vor zusätzlichen Aufgaben.

**Abstimmung zum Zusatzantrag
der PDS-Fraktion:
Stimmen**

bei 20 Ja-

25 Nein-Stimmen

8 Enthaltungen

mehrheitlich a b g e l e h n t

**Abstimmung zur Vorlage einschl.
Änderung(nach Vorschlag Bönisch):
e s t i m m t**

mehrheitlich z u g

**Beschluß Nr. 97/I-36/806 - Neuorganisation der Schulspeisung ab
01.01.1998 durch**

an private Essenanbieter

Übertragung der Leistung

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. Die Schulspeisung an kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) wird ab 01.01.1998 neu organisiert und an private Essenanbieter übertragen.
Die Privatisierung umfaßt Anmeldung, Kassierung, Ausgabe, Essenreste-entsorgung und Teilreinigung der Ausgabebereiche.
Das Vertragsverhältnis wird zwischen den Eltern und dem Speiseanbieter nach entsprechender Einzelverhandlung geschlossen.
 2. Das Personalkonzept der Verwaltung für die bisher Beschäftigten wird gemäß zu Pkt. 1 der Begründung akzeptiert.
 3. Die Stadt Halle (Saale) stützt jede Essenportion für Schülerinnen und Schüler mit 0,60 DM Barleistung und 0,40 DM unbare Leistung.
-
-

Zu TOP 06 - Beschlußvorlage - Namensgebung für die Leichtathletikhalle

Vorlage Nr. 97/I-36/808

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich zu den Vorschlägen des Sportausschusses. Zwei Namen hätten zur Diskussion gestanden. Für den Vorschlag „Sportzentrum Brandberge Kröllwitz“ hätten vier Mitglieder des Ausschusses gestimmt, für den Vorschlag der CDU-Fraktion „Saale-Halle“ sechs.

Herr **Dr. Köck**, PDS, schlug den Namen „Sportzentrum Brandberge Halle-Kröllwitz“ vor.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, sprach sich gegen den Vorschlag „Saale-Halle“ aus.

Herr **Doege**, CDU, begründete den Vorschlag seiner Fraktion.

Abstimmung Vorschlag Sportausschuß:
Ja-Stimmen
(Saale-Halle)
25 Nein-Stimmen

bei 23

mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung zur Vorlage:
bei 16 Ja-Stimmen
(Sportzentrum Brandberge Kröllwitz)
30 Nein-Stimmen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung Vorschlag Dr. Köck:
(Sportzentrum Brandberge Halle-Kröllwitz)
mehrheitlich a b g e l e h n t

Damit erfolgte k e i n e N a m e n s g e b u n g für die
Leichtathletikhalle.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** äußerte, solange die Halle keinen Namen habe, steht in der Satzung - wenn sie dann beschlossen wird - Leichtathletikhalle. Wenn eine Namensgebung erreicht worden sei, würde dieser Name ohne einen weiteren Beschluß des Stadtrates an die Stelle des Begriffes Leichtathletikhalle treten.

**Zu TOP 07 - Beschlußvorlage - Georg-Friedrich-Händel-
HALLE -**

Ersteinrichtung - Vorlage Nr. 97/I-

36/782

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 97/I-36/782 - Georg-Friedrich-Händel-HALLE -
Ersteinrichtung

1. Der Stadtrat stimmt der Anschaffung derjenigen Gegenstände für die Ersteinrichtung der Georg-Friedrich-Händel-HALLE zu, über die in der Sitzung des Unterausschusses Finanzen am 05.08.1997 auf der Grundlage der Einrichtungsliste Einvernehmen erzielt wurde. Der Finanzrahmen der einzelnen Kostengruppen beträgt netto 2.629.000 DM.

2. Der Stadtrat stimmt dem Einbau einer Relaisküche, die in der Vorlage begründet wird, in einem Kostenrahmen bis zu 1.951.000 DM netto (zusammengesetzt aus unverzichtbaren baulichen Ergänzungen 410.000 DM und Einrichtungsgegenständen 1.541.000 DM) zu.

3. Für den gastronomischen Betrieb ist auf die Einbindung örtlicher Angebote nach Art des „Freiburger Modells“ Wert zu legen. Über das Ergebnis ist dem Hauptausschuß bis zum Frühjahr 1998 zu berichten.

Zu TOP 08 - Beschlußvorlage - Satzung über die Benutzung von Sportstätten und Bädern der Stadt Halle (Saale)

Vorlage Nr. 97/I-36/817

Herr **Bönisch**, CDU, ging auf § 9 der Satzung ein, der eine sehr weitgehende Regelung enthalte, über die bei Gelegenheit noch einmal nachgedacht werden sollte.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, meinte, wenn nicht festgeschrieben werde, was die Veranstalter in dieser Beziehung machen, hätte die Stadt dann diese Pflicht und auch die Kostenübernahme.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 97/I-36/817 - Satzung über die Benutzung von Sportstätten und Bädern der Stadt Halle (Saale)

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Benutzung von Sportstätten und Bädern der Stadt Halle (Saale).

Zu TOP 09 - Beschlußvorlage - Satzung über die Entrichtung von Entgelten für die Benutzung von Sportstätten und Bädern der Stadt Halle (Saale) - Sportstättenentgeltsatzung - Vorlage Nr. 97/I-36/818

Frau **Ehlert**, PDS, dankte der Verwaltung für die Übernahme des Antrages, der im Unterausschuß Finanzen gestellt worden sei.

Herr **Kley**, F.D.P., stellte den **Änderungsantrag**, unter Punkt 2 einzufügen: **Das maximal zu entrichtende Entgelt wird pro Nutzer und Tag auf die Beiträge nach Punkt 1 begrenzt.**

Er begründete: wenn man die Entgelte unter Punkt 2 mit denen unter Punkt 1 vergleiche, dann könne es bei einigen Nutzungsarten passieren, daß z.B. bei einer zweistündigen Nutzung der gemeinnützige Verein mehr bezahle als ein nicht gemeinnütziger Verein, der eine Veranstaltung ankündige.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, wies darauf hin, daß Veranstalter ohne gemeinnützigen Charakter für alle Sporthallen einen Sockelbetrag von 1 000 DM bezahlen müßten.

Herr **Kley** rechnete verschiedene Beispiele nach seiner Interpretation der Punkte 1 und 2 vor.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, erklärte, er halte es nicht für sinnvoll, heute zu entscheiden, wenn die Intentionen der Satzung nicht deutlich seien.

Herr **Gärtner** erklärte, die Verwaltung ziehe die Vorlage zurück.

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

Zu TOP 10 - Beschlußvorlage - Umgestaltung Trothaer Straße/Reilstraße,

9. BA - Vorlage Nr. 97/I-36/657

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erläuterte die Vorlage.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erklärte namens seiner Fraktion, sie werde einstimmig für die Beibehaltung des damaligen Stadtratsbeschlusses stimmen.

Herr **Veith**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ging auf die Beratung des Ausschusses für Planungs-

und Umweltangelegenheiten ein, in der ein Vertreter der F.D.P.-Fraktion die Meinung geäußert habe, an dieser Stelle in Trotha müsse etwas passieren, es könne nicht so bleiben, wie es sei. Er ging auf den Zustand für Radfahrer in dieser Straße ein.

Herr **Sänger**, CDU, äußerte namens seiner Fraktion die Auffassung, daß man in diesem Bereich, diesen 480 Metern, Vierspurigkeit brauche und ging auf Einzelheiten ein, wie dies zu erreichen sei.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, wies darauf hin, daß es hier nicht um die Diskussion Fahrräder gegen Autos gehe, man habe dort erheblichen Wirtschaftsverkehr. Bei der gegenwärtigen Verkehrssituation ohne Umgehungsstraße sei es ein Unding, ein so wichtige Ausfallstraße zurückzubauen.

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, machte auf die Menschen aufmerksam, die Tag für Tag dort hohen Belastungen ausgesetzt seien. Ihn empöre die scheinheilige Argumentation, Wirtschaftsverkehr hervorzuheben.

Herr **Dr. Köck**, PDS, erklärte sich als Verfechter der von Herrn Dr. Busmann vorgestellten Variante und wies auf die Versprechungen - spürbare Verringerung des Verkehrsaufkommens durch Bau der A 14 mit vielen Abfahrten - hin, die den Trothaer Einwohnern auf Bürgerversammlungen gemacht worden seien.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, forderte die Stadträte auf, die Einladung der Trothaer Bürger, die für einen vierspurigen Ausbau seien, anzunehmen und für 24 Stunden dort zu leben.

Herr **Kley**, F.D.P., äußerte, man wisse, daß die Trothaer Straße eine Problemstraße sei. Es sei die Frage, ob man den Lärm und den Verkehr an der Stelle, wo er gegenwärtig existiere, bündele und vernünftig leite oder ob man überall Hindernisse aufmache und den Verkehr möglichst breit über die Fläche streue. Er machte auf wirtschaftsnahe Infrastruktur zur Ankurbelung der Wirtschaft aufmerksam und bat, Herrn Dezernenten Walter dazu zu sprechen.

Herr **Prof. Isbaner**, PDS, empfahl, einen Artikel des Oberbürgermeisters in der Schriftenreihe der Adenauer-Stiftung unter der Überschrift „Bausteine für eine nachhaltige Entwicklung von Stadtregionen“ zu lesen. Wer sich zur Lokal-Agenda 21 bekenne, müsse sich zu solchen Dingen bekennen, wie sie heute zur Abstimmung vorliegen. Er stellte einen **Geschäftsordnungsantrag** auf **Abbruch der Debatte und Abstimmung**.

Herr **Sänger** sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus, weil seiner Fraktion damit die Gelegenheit genommen werde, noch einen Antrag zur Vorlage zu stellen.

Herr **Boltze**, Volkssolidarität 1990 e.V. Halle/DIE GRAUEN-Graue Panther, schlug eine Begrenzung der Redezeit vor.

Herr **Dr. Brockmann** schlug als Kompromiß vor, den Antrag noch zuzulassen und dann dem Geschäftsordnungsantrag zu entsprechen und die Debatte zu beenden.

**Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:
mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Herr **Sänger**, CDU, stellte den **Antrag**, den **1. Punkt des Beschlußtextes fallenzulassen**.
Im Punkt 2 sollte aufgenommen werden, **den Abschnitt Saalestraße bis zur Oppiner Straße vierstreifig auszubauen und das ab März 1998**.

Herr Beigeordneter **Dr. Busmann**, erklärte, er halte dies für unmöglich. Er frage sich, was die Verwaltung überhaupt sonst noch hätte tun sollen, um im Sinne des Verkehrspolitischen Leitbildes hier zu handeln. Wie solle man Radfahrer in die Stadt bekommen, wenn man nicht Radwege anbiete?

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** äußerte seine Position: Die Verwaltung sei diesen Weg gegangen aus der Überzeugung heraus, daß in der gegenwärtigen Situation keine andere Möglichkeit bleibe. Erstens, es sei nicht genügend Platz für alles, das sei objektiv feststehend. Zweitens, der Stau sei jetzt da und werde in Zukunft da sein, man verschiebe ihn nur an eine andere Stelle. Drittens, den „Schleich“-Verkehr gebe es jetzt und werde es auch in Zukunft geben. Wenn man nach diesen nicht bestreitbaren Fakten nüchtern abwäge zwischen dem, was man gewinne und dem, was man verliere, dann sei verständlich, daß jeder sich die Vierspurigkeit wünsche, aber aus der Ausgangslage heraus könne man das nicht leisten. Er sei für die Annahme der Verwaltungsvorlage.

Herr **Müller**, PDS, stellte den **Antrag auf namentliche Abstimmung**.

Herr **Kley**, F.D.P., erinnerte an seine Bitte um Stellungnahme von Herrn Walter.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** verwies auf die Meinung der Verwaltung, die er eben vorgetragen habe.

Abstimmung zum Antrag auf namentliche Abstimmung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Namentliche Abstimmung zum
Änderungsantrag der CDU-Fraktion:**

**(Die Vorplanung zum 9. Bauabschnitt
ist mit dem Ziel einer vierstreifigen**

*Fahrbahn vorzubereiten.
Die Realisierungsphase bleibt wie vorgesehen
Beschluß des Änderungsantrages.)*

Herr Dr. Ackermann

Ja

Herr Dr. Bock

Ja

Herr Bönisch

Nein

Frau Bohley

Nein

Herr Boltze

Nein

Herr Dr. Brockmann

Nein

Herr Doege

Ja

Herr Dölle

Ja

Frau Dorn

Nein

Herr Dreizehner

Enthaltung

Frau Ehlert

Nein

Herr Faßhauer

Enthaltung

Frau Fuchs

Nein

Frau Frach

Nein

Frau Dr. Frühauf

Nein

Herr Geuther

Ja

Frau Greuel

Nein

Herr Günther

Enthaltung

Herr Hackel

Enthaltung

Frau Handweg

Nein

Frau Haupt, H.

Nein

Frau Haupt, U.

Nein

Herr Heft

Nein

Herr Prof. Isbaner

Nein

Herr Jeschke

nicht anwesend

Herr Kautz

Nein

Herr Prof. Kiel

Nein

Herr Dr. Klapperstück

Nein

Herr Kley

Ja

Herr Knittel

Enthaltung

Herr Dr. Köck
Nein
Herr Dr. Koehn
Nein
Herr Koehn
Nein
Frau Krischok
Nein
Herr Küpperbusch
Ja
Herr Kupke
Nein
Frau Lenk
Nein
Herr Lorenz
Nein
Herr Dr. Meerheim
Nein
Herr Mikesch
nicht anwesend
Herr Müller
Nein
Herr Dr. Müller-Gerberding
Nichtteilnahme gem. § 31 GO LSA
Herr Dr. Rauen
Nein
Herr Dr. Reinhardt
Nein
Herr Sänger
Ja
Frau Schaffer
Nein
Frau Scheller
nicht anwesend
Frau Schmiedel
Ja
Herr Scholze
Ja
Herr Prof. Schuh
Nein
Herr Stroisch
nicht anwesend
Herr Prof. Tanneberger
Nein
Frau Tannenberg
Nein
Herr Veith
Nein
Herr Dr. Werner
Nein
Frau Wolf
Ja
Frau Dr. Wuttke
Ja

bei 12 Ja-Stimmen

35 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Namentliche Abstimmung zur Vorlage:

Herr Dr. Ackermann

Nein

Herr Dr. Bock

Nein

Herr Bönisch

Enthaltung

Frau Bohley

Ja

Herr Boltze

Ja

Herr Dr. Brockmann

Ja

Herr Doege

Nein

Herr Dölle

Nein

Frau Dorn

Nein

Herr Dreizehner

Enthaltung

Frau Ehlert

Ja

Herr Faßhauer

Enthaltung

Frau Fuchs

Nein

Frau Frach

Ja

Frau Dr. Frühauf

Ja

Herr Geuther

Nein

Frau Greuel

Ja

Herr Günther

Enthaltung

Herr Hackel

Nein

Frau Handwerk

Ja

Frau Haupt, H.

Ja

Frau Haupt, U.

Ja

Herr Heft

Ja

Herr Prof. Isbaner

Ja

Herr Jeschke

nicht anwesend

Herr Kautz

Enthaltung

Herr Prof. Kiel

Ja

Herr Dr. Klapperstück

Nein

Herr Kley
Nein
Herr Knittel
Ja
Herr Dr. Köck
Ja
Herr Dr. Koehn
Ja
Herr Koehn
Nein
Frau Krischok
Ja
Herr Küpperbusch
Nein
Herr Kupke
Ja
Frau Lenk
Ja
Herr Lorenz
Nein
Herr Dr. Meerheim
Ja
Herr Mikesch
nicht anwesend
Herr Müller
Ja
Herr Dr. Müller-Gerberding
Nichtteilnahme gem. § 31 GO LSA
Herr Dr. Rauen
Ja
Herr Dr. Reinhardt
Enthaltung
Herr Sänger
Nein
Frau Schaffer
Ja
Frau Scheller
nicht anwesend
Frau Schmiedel
Nein
Herr Scholze
Nein
Herr Prof. Schuh
Nein
Herr Stroisch
nicht anwesend
Herr Prof. Tanneberger
Ja
Frau Tannenberg
Ja
Herr Veith
Ja
Herr Dr. Werner
Nein
Frau Wolf
Nein
Frau Dr. Wuttke
Nein

bei 26 Ja-Stimmen

20 Nein-Stimmen

6 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 97/I-36/657 - Umgestaltung Trothaer Straße/Reilstraße,
9. BA

1. Folgender Stadtratsbeschuß wird aufgehoben:
Umgestaltung Trothaer Straße/Reilstraße
(Beschuß Nr. 95/I-12/219) vom
13.09.1995, Pkt. 2: „Im letzten Bauabschnitt
nördliche Paracelsusstraße soll die
Reduzierung von vier auf zwei Fahrspuren für
den motorisierten Individualver-
kehr nach Eintreten der Entlastungseffekte der
BAB A 14 geprüft werden.“

2. Der unter Pkt. 1 aufgehobene Beschlußpunkt wird
durch folgenden neuen
Beschlußpunkt ersetzt:
Im Abschnitt Trothaer Straße/Reilstraße
zwischen der Einmündung Paracelsus-
straße (Zoo) und der Einmündung Saalestraße
soll die Reduzierung von vier
auf zwei Fahrspuren für den motorisierten
Individualverkehr nach Eintreten
der Entlastungseffekte der BAB A 14 geprüft
werden.

3. Die Vorplanung zum 9. Bauabschnitt wird
bestätigt (siehe Anlage 2).

Zu TOP 11 - Beschlußvorlage - Abwägungsbeschluß über
die zum Entwurf

des Bebauungsplanes Nr. 89 der
Stadt Halle, Wohnbebauung
Halle-Reideburg, Schneeberger
Straße, vorgebrachten
Anregungen und Bedenken - Vorlage

Nr. 97/I-36/778

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 97/I-36/778 - Abwägungsbeschluß über die zum Entwurf
des Bebauungsplanes
Wohnbebauung Halle-Reideburg,
vorgebrachten Anregungen und Bedenken

Nr. 89 der Stadt Halle,
Schneeberger Straße,

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung
der vorgebrachten Anregungen
und Bedenken zum Bebauungsvorschlag Nr. 89
der Stadt Halle (Saale), Wohn-
bebauung Halle-Reideburg, Schneeberger
Straße, wird zugestimmt.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem
Sinne den Trägern öffentlicher
Belange und den Bürgern, die Anregungen und
Bedenken vorgebracht haben,
zu antworten und die Entscheidung unter
Angabe der Gründe mitzuteilen.

Zu TOP 12- Beschlußvorlage - Beschluß zur Satzung des
Bebauungsplanes

Nr. 89 der Stadt Halle,
Wohnbebauung Halle-Reideburg,
Schneeberger Straße mit

Begründung

Vorlage Nr. 97/I-36/779

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: bei 48 Ja-Stimmen 0 Nein-
Stimmen 1
Enthaltung
z u g e s t i m m t einstimmig

Beschluß Nr. 97/I-36/779 - Beschluß zur Satzung des
Bebauungsplanes Nr. 89 der Stadt
Halle-Reideburg, Schneeberger Straße,
Halle, Wohnbebauung
mit Begründung

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt den Bebauungsplan Nr. 89
der Stadt Halle (Saale), Wohnbebauung Halle-Reideburg, Schneeberger Straße,
bestehend aus Teil A - Planzeichnung und Teil B
- Textliche Festsetzungen,
als Satzung.
 2. Die Begründung wird gebilligt.
 3. Die Genehmigung beim Regierungspräsidium ist zu beantragen. Die Erteilung
der Genehmigung ist ortsüblich bekanntzumachen.
-

Zu TOP 13 - Beschlußvorlage - Abwägungsbeschluß über die zum
Vorentwurf und Entwurf des
Bebauungsplanes Nr. 62
„Binnenhafenstraße“
vorgebrachten Bedenken und
Anregungen - Vorlage Nr. 97/I-36/780

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluß Nr. 97/I-36/780 - Abwägungsbeschluß über die zum
Vorentwurf und Entwurf des **Bebauungsplanes Nr. 62**
„Binnenhafenstraße“ vorgebrachten **Bedenken und Anregungen**

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung zur
Behandlung der vorge-
brachten Anregungen und Bedenken zum
Bebauungsplan Nr. 62 „Binnenhafen-
straße“ wird zugestimmt.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem
Sinne den Trägern öffentlicher
Belange und den Bürgern, die Anregungen und
Bedenken vorgebracht haben,
zu antworten und die Entscheidung unter Angabe
der Gründe mitzuteilen.

Zu TOP 14 - Beschlußvorlage - Beschluß zur Satzung und
Begründung des **Bebauungsplanes Nr. 62**
„Binnenhafenstraße“
Vorlage Nr. 97/I-36/781

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, gab Erläuterungen zur Vorlage und wies auf die im Tagungssaal aufgestellten Pläne hin.

Abstimmung zur Vorlage: bei 41 Ja-Stimmen
Stimmen 0 Nein-
Enthaltungen 1

i m m t einstimmig z u g e s t

Beschluß Nr. 97/I-36/781 - Beschluß zur Satzung und Begründung des
Bebauungsplanes

Nr. 62

„Binnenhafenstraße“

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
beschließt die Satzung über den Be-
bauungsplan Nr. 62 „Binnenhafenstraße“ und
billigt die Begründung zur
Satzung.

2. Die Genehmigung der Satzung ist beim
Regierungspräsidium zu beantragen.
Die Erteilung der Genehmigung ist ortsüblich
bekanntzumachen. Dabei ist
anzugeben, wo der Plan einschließlich
Begründung während der Dienst-
stunden eingesehen werden kann.

Zu TOP 15 - Beschlußvorlage - Beschluß des Stadtrates
der Stadt

Halle (Saale) zum Regionalen
Entwicklungskonzept der
Region Halle (Entwurf) - Vorlage Nr.

97/I-36/787

Herr **Prof. Isbaner**, PDS, informierte zur Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, in der es heiße, daß die Fraktionen ihre Standpunkte zur weiteren inhaltlichen Arbeit am Regionalen Entwicklungskonzept der Verwaltung bis zum Jahresende mitteilen. Er empfehle, daß im Ergebnis eine Zusammenfassung der Standpunkte erfolgen sollte und eine nochmalige Diskussion im Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und auch im Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten. Danach sollte man im Stadtrat zu einem Konsens über die weitere Verfahrensweise kommen.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, informierte über die Beratung der Vorlage im Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten. Über die von Herrn Prof. Isbaner vorgeschlagene Vorgehensweise bestünden keine Bedenken.

Herr **Kley**, F.D.P., stellte seitens seiner Fraktion einen **Änderungsantrag: Den prioritären Maßnahmen und Projekten (Kapitel 3) ist im Abschnitt Wirtschaftsnahe Infrastruktur (ab Seite 131) als weiteres Projekt hinzuzufügen:**

Herr **Lorenz**, SPD, sprach sich dagegen aus, heute über diesen Änderungsantrag zu beschließen. Die Vorlage sei mit den Gebietskörperschaften abgestimmt; dazu sei auch ein Verfahren beschlossen worden, wie man zusätzliche neue Vorstellungen einbringen könne. Man sollte nicht diesen Konsens, der mühsam gefunden worden sei, dadurch gefährden, über einen Stadtratsbeschluß zusätzliche Dinge einzubringen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** ging auf den Verfahrensweg ein. Der Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion sollte mit der Sammlung von Ergänzungen, die aus den Fraktionen eventuell noch kommen könnten, diskutiert werden, um dann gegebenenfalls im Stadtrat eine Änderung des jetzigen Papiers zu beantragen. Über ein so problematisches Projekt müsse gründlich nachgedacht werden, das könne jetzt nicht im Schnellverfahren entschieden werden.

Frau **Lenk**, PDS, betonte, daß in diesem Entwurf ausgesagt werde, daß er ergänzungsbedürftig sei und weiter darüber diskutiert werden könne und solle. Man müsse z.B. auch darüber sprechen, wie wichtig Kultur im Zusammenhang mit Tourismus, als Faktor zur regionalen Identität etc. sei.

Frau **Bohley**, Neues Forum, erläuterte den **Ergänzungsantrag** ihrer Fraktion:
Der Stadtrat möge beschließen, daß eine Vereinbarung getroffen wird, die die Information und Mitarbeit der Stadt- und Gemeinderäte am Regionalen Entwicklungskonzept ermöglicht und deren Mitspracherecht sichert. Die Verwaltung legt dem Stadtrat einen entsprechenden Entwurf im Januar 1998 vor.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erläuterte die Beteiligung des Stadtrates an diesem Prozeß. Wenn Änderungsvorstellungen von den Fachausschüssen formuliert würden, würden diese selbstverständlich dem Stadtrat vorgelegt.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erklärte, man habe mit den sechs Gebietskörperschaften im Regionalen Planungsbeirat vereinbart, zum Jahresende fertig zu sein. Dies wäre erreichbar, wenn man sich so verstehe, daß alle Anträge, die jetzt eingereicht werden, nicht hier beschlossen würden, sondern als Anregung nach der Diskussion in den Fachausschüssen in die regionale Diskussion einbezogen werden und dem Stadtrat z.B. im Frühjahr 1998 dazu berichtet werde.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** faßte zusammen, dieses Papier nehme man zustimmend zur Kenntnis - wenn der Stadtrat es wolle. Weitergehende Änderungen bringe man dann in dem beschriebenen Verfahren in die weiteren Beratungen ein, wenn der Stadtrat es beschließen sollte.

Herr **Dr. Müller-Gerberding** meinte Bezug nehmend auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters, so, wie das Verfahren im Regionalen Planungsbeirat laufe, sei es der einzig gangbare Weg, künftige Zusatzanträge, Änderungen etc. dort einzubringen. Das heute vorgelegte Papier sollte abschließend behandelt werden in der Hoffnung, daß die anderen Gebietskörperschaften ebenfalls zustimmen. Damit habe man eine Arbeitsgrundlage, um dann im Laufe des nächsten Jahres mit den Anregungen, die kommen, in die Diskussion im Regionalen Planungsbeirat zu gehen und zu versuchen, ein Ergänzungspapier im Jahr 1998 zustandezubringen.

Herr **Kley** äußerte, man hätte viele Probleme dadurch vermeiden können, daß man den ersten Entwurf, der bereits im April verteilt worden sei, auch dem Stadtrat zur Kenntnis geben und diskutiert hätte, welche Position die Stadt Halle in den Verhandlungen einnehmen soll. Nachdem die Verhandlungen abgeschlossen seien, habe der Stadtrat wieder die „Ehre“, entweder zuzustimmen oder nicht, d.h. Änderungen seien im Stadtrat nicht möglich. Er denke, das sei auch Anliegen der Fraktion Neues Forum, daß frühzeitig die Beteiligung des Stadtrates gesucht werde. Er bat die Stadtverwaltung, künftig bei solch schwerwiegenden Angelegenheiten den Stadtrat frühzeitig zu beteiligen.

Herr **Dr. Köck**, PDS, erklärte, er könne sich dem Verfahrensvorschlag von Herrn Prof. Isbaner weitgehend anschließen. Er möchte jedoch in der Stellungnahme der Stadt verankert wissen, daß mitgeteilt wird, daß Teile der Bürgerschaft, die das eine oder andere Problem etwas anders sehen. Er forderte noch einmal ein eindeutiges Wort vom Oberbürgermeister zur weiteren Verfahrensweise.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** entgegnete, was man heute beschließe, sei eine Grundlage, die man in der Grundtendenz zustimmend zur Kenntnis nehme, ohne damit alle Einzelheiten, die darin enthalten seien, im Detail zu beschließen. Das Papier müsse weiter qualifiziert werden auf dem Wege, den Herr Prof. Isbaner vorgeschlagen habe.

Herr **Dölle**, CDU, brachte die Meinung zum Ausdruck, man sollte diesem Papier zustimmen, es stecke die Arbeit von drei Jahren dahinter. Es sei keine feststehende, sondern eine fließende Sache, wo jederzeit Änderungsanträge im Regionalen Planungsbeirat möglich seien.

Herr **Lorenz** ging auf ein konkretes Beispiel ein. Die IG Metall habe z.B. beantragt, ein bestimmtes Projekt hineinzunehmen. Das würde demnächst beraten. Was die IG Metall könne, könne natürlich erst recht der Stadtrat der Stadt Halle. Es sei ein riesiger Fortschritt in der Region, daß man sich tatsächlich auch in diesen Größenordnungen auf der Ebene des Regierungspräsidiums habe einigen können. Das sei nicht von Anfang an so gewesen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zum Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion:
mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung zur Vorlage:
mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 97/I-36/787 - Beschluß des Stadtrates der Stadt Halle
(Saale) zum Regionalen Entwicklungskonzept der
Region Halle (Entwurf)

Der Stadtrat beschließt:

Der Entwurf des REK - Regionales Entwicklungskonzept
der Region Halle -
wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 16 - Beschlußvorlage - Straßenverlaufänderung
der Kröllwitzer Straße - Vorlage Nr. 97/I-36/819

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 97/I-36/819 - Straßenverlaufänderung der Kröllwitzer
Straße

Der Zuordnung des Straßenteilstückes zwischen
Kröllwitzer Straße und
Talstraße zur Talstraße wird zugestimmt.

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

Zu TOP 17 - Wiedervorlage von Anträgen

**Zu Antrag der Fraktion Neues Forum auf Einrichtung von
Zebrastreifen**

über den Innenstadtring - Vorlage Nr.

97/I-34/A-354

Der Antrag wurde mit der Zuarbeit der Verwaltung als erledigt
angesehen.

Zu Antrag der Fraktion der CDU zum Verkauf der
Liegenschaften Passen-
dorfer Schlösschen, Kurbad Wittekind,
ehemaliges Pionierhaus
Peißnitz und Gut Gimritz - Vorlage Nr.
97/I-34/A-359

Es gab keine Wortmeldungen zum Antrag, der vom Ausschuß für
Wirtschaftsförderung,
Beschäftigung und Liegenschaften zur Abstimmung empfohlen wurde.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluß Nr. 97/I-36/A-359 - Antrag der Fraktion der CDU zum Verkauf
der Liegenschaften
Schlösschen, Kurbad Wittekind, ehemaliges
und Gut Gimritz
Passendorfer
Pionierhaus Peißnitz

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat
in der Dezembertagung
1997 über die bisherigen Bemühungen zum Verkauf der
Liegenschaften -
Passendorfer Schlösschen, Kurbad Wittekind, ehemaliges
Pionierhaus Peißnitz
und Gut Gimritz - zu berichten und die weiteren
Vorstellungen zur Aktivierung
dieser Veräußerungsverfahren darzulegen.

**Zu Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu
Ausschilderung des
Saale-Radwanderweges - Vorlage Nr.
97/I-34/A-365**

Es gab keine Wortmeldungen zum Antrag, der vom Innenausschuß zur
Abstimmung
empfohlen wurde.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 97/I-36/A-365 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE
GRÜNEN zu
Ausschilderung des
Saale-Radwanderweges**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu veranlassen,
daß der Saale-Radwanderweg
im Stadtgebiet von Halle angemessen ausgeschildert
wird. Der Teil des Weges,
der durch die Saaleaue von Planena über Wörmlitz
zum Böllberger Weg führt,
ist so herzurichten, daß er befahrbar wird.

Zu TOP 18 - Anträge von Fraktionen und Stadträten

Zu Antrag des Stadtrates Günter Lorenz, SPD-Fraktion,
zur Umwandlung
des Parkstreifens Robert-Franz-Ring
in eine Linksabbiegespur
Vorlage Nr. 97/I-36/A-377

Herr Dölle, CDU, beantragte namens seiner Fraktion, den Antrag in den Ausschuß für Planungs- und Umweltangelegenheiten zu verweisen mit der Ergänzung im Antragstext:
...in eine Linksabbiegespur umzuwandeln und zu prüfen, das Linksabbiegen zu bevorzugen.

Die Vorlage Nr. 97/I-36/A-377 - Antrag des Stadtrates Günter Lorenz, SPD-Fraktion, zur
Umwandlung des
Parkstreifens Robert-Franz-Ring in eine
Linksabbiegespur

wurde in den

- Ausschuß für P l a n u n g s- und U m w e l t a n g e l e g e n h e i t e n

v e r w i e s e n mit der Ergänzung durch die CDU-Fraktion : ...,
in eine Linksabbiegespur umzuwandeln und zu prüfen, das Linksabbiegen zu bevorzugen.

**Zu Antrag der SPD-Fraktion zur Bildung einer
interfraktionellen „Arbeits-
gruppe Wohnen“** - Vorlage Nr. 97/I-36/A-

378

Herr **Bönisch**, CDU, sprach sich gegen die Bildung einer Arbeitsgruppe aus. Man sollte vorher genau wissen, was man als Stadtrat damit wolle. Man habe nicht über die Leitlinien diskutiert und sie verabschiedet. Aus Sicht seiner Fraktion gebe es Änderungsbedarf dazu.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erwiderte, der Stadtrat habe die Leitlinien diskutiert, und es gebe einen Beschluß des Stadtrates. In einer der Maßnahmen sei enthalten, bei Bedarf eine Arbeitsgruppe zu bilden. Der Bedarf sei von einer Fraktion angemeldet worden.

Frau **Haupt**, PDS, erklärte, ihre Fraktion begrüße den Antrag und werde zustimmen.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 97/I-36/A-378 - Antrag der SPD-Fraktion zur Bildung
einer interfraktionellen
„Arbeitsgruppe
Wohnen“**

Der Stadtrat beschließt die Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe Wohnen, die sich aus Mitgliedern des Stadtrates gemäß der üblichen Zusammensetzung der Ausschüsse zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe berät die Stadtverwaltung bei der Umsetzung wohnungspolitischer Maßnahmen, die sich aus den Leitlinien zum wohnpolitischen Konzept vom 10.06.1997 (97/I-33/665) als notwendig ergeben.

**Zu Antrag der SPD-Fraktion - Zeit- und Strukturplan
für die Umsetzung
des WIBERA-Gutachtens - Vorlage Nr.**

97/I-36/A-379

Herr **Prof. Schuh**, SPD, ging auf das Strukturproblem ein, daß man schon im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt diskutiert habe. Aus dem Haushalt heraus ergebe sich für das nächste Jahr ein strukturelles Defizit - wenn man nicht die Zuführungen aus den Rücklagen des Vermögenshaushaltes habe - in einer Größenordnung von ca. 40 Mio DM.

Es sei aber nun nötig zu sagen - wie es bei einem ordentlichen Kaufmann der Fall sei -, wie und mit welchen Maßnahmen man dieses Defizit in den nächsten Jahren ausgleichen könne. Das könne man nicht mit Maßnahmen, da ein bißchen und dort ein bißchen, machen, sondern das müsse strukturiert sein. Das bringe auch dem Stadtrat Sicherheit. Denn wenn man ein Strukturkonzept habe und dann Anträge aus dem Stadtrat kämen, mehr Geld ausgeben zu wollen, dann könne man konkret darauf hinweisen, worauf das seine Auswirkungen haben werde.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, von der Verwaltung sei ausführlich dargestellt worden, erstens, wie die Haushaltslage sei, zweitens, wie die Haushaltsentwicklung sei und drittens - im Haushaltssicherungsausschuß - , was inzwischen geschehen sei. Das Problem sei, daß man von vielen Unbekannten abhängt und immer eine Lösung, nicht mit zwei oder drei, sondern mit fünf Unbekannten zu lösen sei: Steuereinnahmen, Landeszuschüsse, Investitionszuschüsse des Landes usw. Auch gebe es kein genaues Rezept, im voraus zu ermitteln, wieviel Sozialhilfeempfänger wieviel Geld bekommen. Man könne aber festlegen, welche Größenordnung mit Sicherheit kommen: die Sozialhilfekosten, die Personalkosten mit über 40 % am Haushalt. Deshalb sei der Personalkostenblock die einzig wirkliche Rationalisierungsreserve. Alles andere seien marginale Korrekturen. Wenn Strukturvorschläge gemacht würden, seien die Tarifverträge zu beachten. Deshalb müsse Schritt für Schritt jedes Amt unter die Lupe genommen werden, um herauszu-

finden, ob dort Personal reduziert werden könne. Das könne man festlegen. Aber welche Konsequenzen das habe, welcher Mitarbeiter bereit sei, einen Auflösungsvertrag gegen eine Abfindung zu unterschreiben, lasse sich einfach nicht vorhersehen. In diesem Jahr seien 310 Auflösungsverträge unterschrieben worden. Wieviel das im nächsten Jahr sein werden, könne nicht gesagt werden. Darin liege die Schwierigkeit, die man auch gemeinsam der Öffentlichkeit klarmachen müsse. Es fehle nicht daran zu strukturieren. Man könne sagen, welche Positionen gekürzt werden müßten, aber dann gehe die politische Diskussion los. Man müsse im Grunde genommen an die freiwilligen Leistungen herangehen. Das seien politische Entscheidungen, die zu treffen seien. Man müsse sich darüber klar werden, ob man sich noch freiwillige Leistungen leisten könne, z.B. den Halle-Paß - das sei eine freiwillige Leistung. Könne man es sich leisten, den freien Trägern soviel Geld zu geben wie bisher, das seien meist freiwillige Leistungen. Er sei gern bereit, dem Stadtrat die Blöcke zu nennen, die disponibel seien. Dann möge der Stadtrat mit ihm vor die Öffentlichkeit treten und die Streichungen bekanntgeben. Er wiederhole, über 400 Mio DM seien Personalkosten, der größte Block im Haushalt. Man habe definiert, daß auf 1 100 Stellen verzichtet werden könne, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Verwaltung entscheidend beeinträchtigt wird. Diese Sache umzusetzen, sei gemeinsame Aufgabe und bedürfe der politischen Unterstützung des Stadtrates. Wenn man das nicht tue, dann werde die jetzige Linie unabwendbar weiter laufen und das Defizit - von dem auch in der Verfügung des Regierungspräsidiums die Rede sei - werde zwangsläufig eintreten. Eine andere, ernsthafte Möglichkeit zu sparen, gebe es in dieser Stadt nicht mehr.

Der Haushaltssicherungsausschuß werde regelmäßig in die nächsten Schritte einbezogen, heute sei das erste Papier unterschrieben worden, das jetzt auf den Ausschuß zulaufe. Er werde dem Stadtrat auflisten, welche freiwilligen Leistungen von der Stadt erbracht werden, er werde auflisten, wenn dies und jenes gemacht werde, welche Konsequenzen es habe und er werde sichtbar machen, um welche Summe es gehe, wenn die Personalstärke vermindert werde, von der er eben gesprochen habe.

Herr **Prof. Schuh**, SPD, argumentierte, auch eine Unternehmer wisse nicht, wie die z.B. die Konjunkturentwicklung sei, trotzdem gehe er von Erwartungszahlen aus. Es sei völlig falsch zu meinen, daß in der Wirtschaft jeder wisse, was er bekomme. Über die Diagnose sei man sich ja einig, daß etwas zu tun sei. Über die Größenordnung werde man sich sicher auch einig werden. Es sei nicht so zu machen, hier und da etwas zu versuchen, man müsse etwas

Konkretes tun. Der erste Schritt in die richtige Richtung sei schon unternommen, wenn gesagt werde, alle disponiblen Positionen zu benennen. In diesem Sinne könne man das auch mit dem Ausschuß zusammen machen. Dann könne man relativ kurzfristig sagen, welche Dinge man sich wünsche und was machbar sei. Dann komme man automatisch zu einer Struktur. Dann komme es auf die Umsetzung an. Wenn dann gesagt werde, man müsse dieses Ziel erreichen, dann müßten auch alle am Strang ziehen. Dann habe man aber auch ein Feedback im Stadtrat.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, der gebildete Ausschuß sei dafür da, daß man dann auch konkret in die Beratungen eintrete. Man sei sich einig - das entnehme er der Debatte - das man es gemeinsam versuchen wolle. Er werde die Einsparungspositionen, die rechtlich möglich seien, definieren und dazu Vorschläge unterbreiten. Dann könne man sich im Ausschuß darüber unterhalten, wie man herangehe, dann habe man vielleicht ein Stück des Verfahrensweges miteinander geklärt.

Herr **Dr. Brockmann** brachte den Antrag ohne Terminangabe zur Abstimmung.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluß Nr. 97/I-36/A-379 - Antrag der SPD-Fraktion - Zeit- und Strukturplan für die
Umsetzung des
WIBERA-Gutachtens**

Der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, einen Zeit- und Strukturplan für die Umsetzung der Einsparmaßnahmen vorzulegen, die er auf der Grundlage des WIBERA-Gutachtens vom 20. Januar 1997 für erforderlich erachtet.

Zu Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU, zur Pflege von

Rasenflächen - Vorlage Nr. 97/I-36/A-380

**„Öffentliches Auftragswesen;
Anforderung von Bewerber-
erklärungen“ - Vorlage Nr. 97/I-36/A-381**

Herr **Lorenz**, SPD, erklärte, er nehme die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis, könne aber nicht zufrieden damit sein. Er ging auf Einzelheiten ein.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, äußerte die Meinung, in dem Antrag würden so viele Forderungen gestellt, die aus seiner Sicht rechtlich nicht durchzusetzen seien. Er zitierte Punkt 8 des Runderlasses.

Herr **Doege**, CDU, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuß für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben.

Die Vorlage Nr. 97/I-36/A-381 - Antrag der SPD-Fraktion - Umsetzung des Runderlasses des
Wirtschaft vom 29.11.1996 - 61-32570/2
Auftragswesen; Anforderung von Bewerber-
erklärungen“
Ministeriums für
„Öffentliches

wurde in den

- Ausschuß für städtische Bauangelegenheiten und V e r g a b e n
v e r w i e s e n .

Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Erarbeitung
grundlegender Satzungen für
die Arbeit des Stadtrates - Vorlage Nr.
97/I-36/A-382

Herr **Kley**, F.D.P., äußerte, nachdem fast jede Gemeinde entsprechend der gesetzlichen Lage ihre innere Organisation angepaßt habe, sei man der Meinung, daß auch die Stadt Halle an diesem Punkt endlich zu Stuhle kommen sollte. Bereits am 30.07.1997 habe die F.D.P.-Fraktion komplette Entwürfe übergeben. Er erläuterte die Entwürfe und beantragte namens seiner Fraktion die Überweisung in den Hauptausschuß.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erwiderte im Hinblick auf den Vorwurf - man habe diese Dinge vernachlässigt - zu Herrn Kley gewandt, voreilig sei die Jugend mit dem Wort und vielleicht auch ein bißchen unerfahren in dem Geschäft. Die Verwaltung habe sich mit den Fraktionen auf den Termin 30.09.1997 geeinigt und dann zunächst einmal die Vorlagen der Fraktionsvorstellungen abwarten müssen. Diese hätten erst Mitte Oktober vorgelegen. Daher habe also die Verwaltung auch keine Sichtung vornehmen können. Wenn die F.D.P.-Fraktion voreilig etwas abgeliefert habe, könne sie gern ein „Bienchen“ dafür bekommen.

Herr **Kley** gab eine persönliche Bemerkung ab, da der Oberbürgermeister versucht habe, seine Person lächerlich zu machen. Wenn der Termin 30.09.1997 angesetzt worden sei, müsse er auch eingehalten werden. Der Oberbürgermeister möge nicht behaupten, die F.D.P. solle ein „Bienchen“ bekommen, nur weil sie ihre Aufgaben wahrnehme. Er bat, dies zurückzunehmen.

**Die Vorlage Nr. 97/I-36/A-382 - Antrag der F.D.P.-Fraktion -
Erarbeitung grundlegender Satzungen für
die Arbeit des Stadtrates**

wurde in den

- H a u p t a u s s c h u ß

v e r w i e s e n.

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Gebührensatzung für
die Kindertagesein-
richtungen der Stadt Halle (Saale) -**
Vorlage Nr. 97/I-36/A-383

Herr **Kley**, F.D.P., beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung
des Antrages in den
Jugendhilfeausschuß.

**Die Vorlage Nr. 97/I-36/A-383 - Antrag der F.D.P.-Fraktion -
Gebührensatzung für die**

Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)

wurde in den

- **J u g e n d h i l f e a u s s c h u ß**

v e r w i e s e n.

**Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Konzept zur
Entwicklung der Halleschen
Messe - Vorlage Nr. 97/I-36/A-384**

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erklärte, die Stellungnahme der Verwaltung sei nicht akzeptabel.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Innenausschuß.

Die Vorlage Nr. 97/I-36/A-385 - Antrag der F.D.P.-Fraktion - Grüner Pfeil an Kreuzung

Franckestraße/Breitscheidstraße

wurde in den

- I n n e n a u s s c h u ß

v e r w i e s e n.

Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - Geplante Errichtung eines Einkaufs-

zentrums in Neustadt-Mitte - Vorlage

Nr. 97/I-36/A-386

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., zog den Antrag zurück.

Zu Antrag der Fraktion Neues Forum zum Sportdreieck

Vorlage Nr. 97/I-36/A-387

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, bat, die Terminstellung von Januar 1998 auf Juni 1998 zu verändern.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Sportausschuß.

Frau **Bohley**, Neues Forum, bat, den Antrag auch im Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften sowie im Unterausschuß Finanzen zu behandeln.

Die Vorlage Nr. 97/I-36/A-387 - Antrag der Fraktion Neues Forum
zum Sportdreieck

wurde in den

- S p o r t a u s s s c h u ß
- Ausschuß für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und
Liegenschaften
- Unterausschuß F i n a n z e n

v e r w i e s e n .

Zu Antrag der Fraktion Neues Forum betreffend
Fahrradabstellmöglich-
keiten am Haus der Fraktionen - Vorlage
Nr. 97/I-36/A-388

Frau **Bohley**, Neues Forum, erklärte die Angelegenheit für erledigt.

Die Vorlage Nr. 97/I-36/A-388 - Antrag der Fraktion Neues Forum
betreffend Fahrradabstell-
am Haus der Fraktionen
möglichkeiten

wurde nach Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt angesehen.

Zu Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU, zur Verwendung von HAVAG-Geldern für private Zwecke des Vorstandsmitgliedes Dr. Colditz - Vorlage Nr. 97/I-36/A-389

Herr Oberbürgermeister Dr. Rauen verwies auf seine Äußerungen zu dieser Thematik in der Einwohnerfragestunde.

Dem Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU, zur Verwendung von HAVAG-Geldern für private Zwecke des Vorstandsmitgliedes Dr. Colditz unter Vorlage Nr. 97/I-36/A-389 wurde bereits in der Einwohnerfragestunde durch den Oberbürgermeister entsprochen.

Weitere Ausführungen dazu erfolgten im nichtöffentlichen Teil der Tagung.

Zu TOP 19 - Anfragen von Stadträten

(Die Anfragen der Stadträte sowie die Antworten der Verwaltung werden auf den Seiten **88 bis 136** der Niederschrift wiedergegeben. Die Niederschrift der Diskussion erfolgt ab Seite **137.**)

(Anfrage Nr. 01- siehe nichtöffentliche Tagung)

**Zu Anfrage Nr. 02 - der Fraktion Neues Forum zu
Hausabbruchanträgen**

im Bereich

Historischer Altstadtkern

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 03 - der Stadträtin Hanna Haupt, SPD-
Fraktion, zum**

Zustand Galgenberg

Frau **Haupt** bedankte sich für die Antwort.

**Zu Anfrage Nr. 04 - der Stadträtin Hanna Haupt, SPD-
Fraktion, zur**

Einhaltung der

Vorgartensatzung

Frau **Haupt** meinte, sie werde die Fragen konkreter stellen, um eine konkrete Antwort der Verwaltung zu erhalten.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, äußerte, die Vorgartensatzung sei das Ergebnis einer langen Diskussion mit viel größeren Forderungen.
Es sei ihm klar, daß das schwierig zu kontrollieren sei; man sollte nur soviel Recht setzen, wie man kontrollieren könne.

Zu Anfrage Nr. 05 - der SPD-Fraktion zur Straßenreinigung

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, dankte für die Antwort der Verwaltung. Er schilderte seine Eindrücke auf Einhaltung der Straßenreinigungssatzung bei einer Begehung seines Wohngebietes. In 65 von 120 Fällen sei die Straße nicht ordnungsgemäß gereinigt gewesen.
Er mahne bei der Verwaltung an, dringend die Zuständigkeit zu regeln und dafür zu sorgen, daß mehr Kräfte im Einsatz seien, die Einhaltung der Straßenreinigungssatzung zu kontrollieren.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erklärte, das Problem sei zutreffend beschrieben worden.
In vielen Fällen sei der Zustand der Straßen überhaupt nicht zufriedenstellend.
Er habe im Frühjahr den Versuch unternommen, zusammentragen zu lassen, wieviele Aufsichtskräfte in der Stadt unter unterschiedlichen Aufgabenstellungen tätig sind. Das sei eine relativ große Zahl, wobei häufig festzustellen sei, daß sich die Kräfte für den Zuständigkeitsbereich eines anderen nicht zuständig fühlten. Man sei dabei, eine Regelung zu erarbeiten, in der diese Dienstleistung der betroffenen Mitarbeiter verbessert werden könne.

Zu Anfrage Nr. 06 - der SPD-Fraktion zum Objekt „Bergschenke“

Kröllwitzer Straße 45

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 07 - des Stadtrates Dr. Jürgen
Ackermann, CDU-Fraktion,
zur Verantwortlichkeit
der Wohnungsgenossen-
schaften bezüglich
Ordnung und Sauberkeit**

Herr **Dr. Ackermann** ging auf die Antwort der Verwaltung ein und fragte, nach einem konkreten Termin für einen Bericht.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, meinte, Ziel sei Februar 1998.

**Zu Anfrage Nr. 08 - des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried
Kiel, PDS, zur
Zukunft zweier im
Denkmalverzeichnis ausgewiese-
ner Gebäude**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 09 - der Fraktion der PDS zu
Veränderungen im Personal-
bestand der Stadt
Halle**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu Anfrage Nr. 10 - des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried Kiel, PDS, zur

in städtischen Filialen größerer Unternehmen

**Lehrstellensituation
bzw. großer**

Herr **Prof. Kiel** äußerte, wichtig sei, zu gegebenem Zeitpunkt noch einmal eine Information zu geben, die jetzt noch nicht möglich sei.

Zu Anfrage Nr. 11 - des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried Kiel, der Stadträtin-

**und Margrit Lenk, PDS, zur vor-
der Kinderbibliothek Lessing-**

**nen Marion Krischok
gesehenen Schließung
straße 1**

Herr **Prof. Kiel** erklärte, man nehme die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis, bringe jedoch auch zum Ausdruck, daß man ein wenig gehofft habe, in Anbetracht der vielen Wünsche, Forderungen und Petitionen, daß sich die Verwaltung in der Sache einen Schritt bewege. Man hoffe nun auf die Sitzung des Unterausschusses Beschwerden.

Zu Anfrage Nr. 12 - der Fraktion Neues Forum zum Bearbeitungsstand

Fahrradabstellsatzung

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu Anfrage Nr. 13 - des Stadtrates Dr. Horst Koehn, Bündnis 90/

Ampelschaltungen auf der Magde-

**DIE GRÜNEN zu
burger Straße**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 14 - der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
zu Regelungen
für die Geltungsdauer
von Monatskarten**

Nach Aussage der Verwaltung wurde eine schriftliche Antwort erarbeitet. Sie lag dem Stadtrat jedoch nicht vor. (Die Antwort wurde inzwischen an die Fraktionen übermittelt.)

**Zu Anfrage Nr. 15 - der SPD-Fraktion zu Ampelanlagen
in der Magde-
burger Straße**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 16 - der SPD-Fraktion zum Stand der
Planung für öffent-
liche Toiletten**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen:

Frau **Haupt**, SPD, fragte zum Orgelneubau im Händel-Forum:
Warum habe eine Firma aus Bonn den Zuschlag für diesen
Millionenauftrag bekommen?
Von wem sei die Jury eingesetzt worden?
Seien Vertreter der Hochschule für Kirchenmusik eingebunden
gewesen?
Welche Vorgaben seien den Bewerbern gegeben worden im Hinblick auf
die Disposition der
zu bauenden Orgel und den Zeitplan für den Einbau, um
Chancengleichheit der Bewerber
zu garantieren?
Welchen Kriterien seien für die Jury maßgeblich für die
Entscheidung gewesen?
Wieweit seien die finanziellen Kalkulationen der Firmen auseinander
gewesen?
Seien in den Kalkulationen wirklich alle anfallenden Kosten
enthalten gewesen?
Sei nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Sparsamkeit verfahren
worden?
Zu welchem Zeitpunkt sei die Orgel wirklich spielbar?
Sie bat um eine schriftliche Antwort.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** gab die Anregung, daß diese
Beantwortung dieses Fragenkomplex sicherlich nicht nur einer
mündlichen Erläuterung bedürfe. Man werde all die Fragen nur in
einem umfangreichen Kompendium schriftlich beantworten können.
Schon jetzt könne er vorab folgendes sagen:
Er habe an der Beratung der Jury teilgenommen, sie sei korrekt
verlaufen. Neben den Hallenser
Beteiligten seien unabhängige Sachverständige dazu eingeladen
worden, ein Engländer, der
in der Welt wohl als der beste Experte für Orgeln gelte. Dazu ein
weiterer Organist, der mit
dem Hallenser Organisten Stephan gemeinsam den musik-technischen
Aspekt begutachtet habe. Die Autoren der einzelnen Arbeiten seien
nicht erkennbar gewesen. Es seien dann in Anwesenheit der Presse
die Umschläge geöffnet worden mit den Namenszuordnungen zu den
einzelnen Arbeiten. Es sei mit der größtmöglichen Objektivität
vorgegangen worden.
Das fachliche Urteil der Gutachter unter dem musikalischen Aspekt,
die Bewertung von
der innenarchitektonischen Seite sei zu einem einstimmigen Urteil
in allen Fällen gekommen.
Es sei klar dargestellt worden, daß die baulichen Arbeiten an der
Orgel einschließlich der
Montage der Pfeifen fertig seien sollen, daß aber nicht sofort das
ganze Werk eingebaut
werden könne. Das Stimmen der Orgel werde Zeit in Anspruch nehmen.
Zu einer Bespielbarkeit der Orgel werde es erst zu einem späteren
Zeitpunkt kommen.
Herr Oberbürgermeister Dr. Rauen schlug vor, im zuständigen
Ausschuß im Detail, auch an
Hand von Plänen, diese Fragen noch einmal zu erörtern. Es gebe auch
ein umfangreiches
Protokoll dazu, das zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr **Bönisch**, CDU, äußerte, zum wiederholten Maße frage er zum
Zustand des Sportplatzes
an der Ludwig-Stur-Straße (Thomasius-Gymnasium). Der Sportplatz
werde wieder als wilder

Parkplatz und zunehmend auch als Müllplatz genutzt. Er habe noch nicht den Beginn von Bauarbeiten feststellen können.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung, teilte mit, daß sich das Ordnungsamt um den Platz gekümmert habe. Die Umzäunung soll wieder hergestellt werden, so daß das Befahren durch Pkws unterbunden sei.

Herr **Bönisch** fragte nach dem konkreten Termin, zu dem die versprochenen Maßnahmen beginnen.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, erklärte, die zuständige Firma habe mehrmals Zusagen gemacht; es sei in Arbeit.

Herr **Heft**, PDS, äußerte sich zum Konzept Flächenbahn Sachsen-Anhalt Süd, das in den letzten Wochen in Merseburg vorgestellt worden sei. Nachdem der Mitteldeutsche Verkehrsverbund kurz vor seiner Gründung stehe, dürfte es von Interesse seien, mittelfristig neben Straßenbahn und Bus auch die Eisenbahn mit in den Verkehrsverbund hinein zu bekommen. Welche Möglichkeiten werden gesehen, auf dieses Flächenbahnkonzept im Verbundgebiet Einfluß zu nehmen, daß möglichst viel davon erhalten bleibe - abgesehen von den beabsichtigten Streckenstillegungen der Deutschen Bahn AG -? Welche Möglichkeiten habe man, die für den Mitteldeutschen Verkehrsverbund südliche und wichtige Ost-West-Verbindung Querfurt-Merseburg-Leipzig neben der Nordverbindung Halle-Leipzig aufrechtzuerhalten und weiter zu erhalten?

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, meinte, natürlich müsse man erst einmal den Mitteldeutschen Verkehrsverbund gründen. Bisher sei in der Tat die Ost-West-Verbindung Halle-Leipzig in dem Programm noch strittig gewesen, weil das Land bekanntlich im Rahmen der Nasa den SPNV, also auch die S-Bahn, noch mit behalten wolle. Das Problem der Nord-Süd-Verbindung nehme er als Anregung mit.

Herr **Dr. Ackermann**, CDU, ging auf die Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates vom September unter der Nummer 97/I-34/A-363 ein, der laute: *Der Stadtrat beschließt, den Oberbürgermeister zu beauftragen, spätestens bis zur Novembertagung des halleschen Stadtrates einen Bericht vorzulegen, wie die mit städtischer Beteiligung arbeitenden Wohnungs-gesellschaften, GWG und HWG, ihrer Verantwortung gerecht werden, für ein von Ordnung und Sauberkeit geprägtes Stadtbild, zumindest in ihrem Zuständigkeitsbereich, zu sorgen.* Ihm liege kein Bericht vor.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** antwortete, es seien intensive Verhandlungen mit den Wohnungsgesellschaften aufgenommen worden, um diese Problematik zu lösen. Es sei

ein gemeinsames Handlungskonzept in der Abstimmung. Man werde den Stadtrat über die weiteren Bemühungen unterrichten. Ein konkretes Ergebnis gebe es zur Zeit noch nicht.
Herr **Doege**, CDU, äußerte sich zum schriftlichen Antrag seiner Fraktion auf Akteneinsicht in die Ausschreibungs- und Vergabeunterlagen für die Asylbewerberheime. Dazu seien zwei Mitglieder der Fraktion benannt worden, die dies wahrnehmen sollen. Er habe gehört, die anderen Fraktionen seien um Mitteilung ihrer Vertreter gebeten worden. Wie weit sei nun der Stand?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** teilte mit, daß sie bisher nur von der F.D.P.- Fraktion - außer der CDU-Fraktion, die von vornherein ihre Mitglieder benannt habe - eine Mitteilung erhalten. Sie könne hier nur noch einmal auffordern, diese Meldung abzugeben bzw. Verzicht zu erklären.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 20 - Mitteilungen

Frau **Ehlert**, PDS, teilte als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses mit, daß sie vorläufig den Ausschuß nicht mehr einberufen werde. In den letzten beiden Sitzung hätten drei Stadträte teilgenommen; damit sei man nach der neuen Gemeindeordnung nicht mehr beschlußfähig. Sie habe die Fraktionsvorsitzenden bereits vor Änderung der Gemeindeordnung um eine Neubesetzung ersucht. Es habe keine Reaktion gegeben. Sie mache auf die Konsequenz aufmerksam, daß der Rechnungsprüfungsausschuß nicht arbeiten könne. Sie werde erst wieder zur Sitzung einladen, wenn die Teilnahme der Stadträte gesichert sei bzw. eine Neubesetzung erfolgt sei.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** unterstützte diesen Appell.

Damit wurde die 36. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) beendet.

Dr. Brockmann
Dr. Rauen
Vorsitzender des Stadtrates
Oberbürgermeister

der Stadt Halle (Saale)
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Panian
Protokollantin

Stadt Halle (Saale)
20.11.1997
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

**der Einwohnerfragestunde zur 36. Tagung des Stadtrates
der
Stadt Halle (Saale) am 19.11.1997**

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14.05 Uhr bis 15.10 Uhr

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet von Herrn **Dr. Brockmann**,
Vorsitzender des Stadtrates.

Herr Rainer **Dierich**, Verein teilAuto Halle e.V. informierte zum Anliegen seines Vereins. Bezug nehmend auf einen Beschluß des Stadtrates vom 02.04.1997 habe der Verein im Juni 1997 einen Antrag auf Reservierung von Parkflächen gestellt. Ende Juli sei dieser Antrag durch das Ordnungsamt abgelehnt worden. Als Begründung sei u.a. genannt worden: „Da in der Gütchenstraße bereits ein hoher Parkraumangel besteht und es auch nicht im Interesse der Anwohner sein kann, wird Ihrem Anliegen nicht stattgegeben.“ In gleichem Schreiben sei

der Hinweis gegeben worden, daß man bei der Wahl der Car-Sharing-Stellplätze auf „neutrale“ Standorte zurückgreifen sollte, nicht auf Standorte in Wohngebieten.

Er wies darauf hin, daß ein Ziel seines Vereines die Verringerung des Fahrzeugbestandes sei

und man dadurch zur Entschärfung der Parkplatzsituation beitrage.

Im Einzugsbereich

Gütchenstraße wohnten ca. 30 Mitglieder des Vereins. Man müsse in die Wohnungsgebiete

hinein, um die Parkraumsituation zu verbessern.

Ein Schreiben des Vereins vom 13.08.1997 zum Ablehnungsbescheid sei bis heute unbe-

antwortet geblieben.

Zu einem weiteren Antrag auf Reservierung eines Parkstreifens in der Domstraße sei noch

keine Entscheidung getroffen worden.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung, erläuterte, soweit

es um die Reservierung von Parkplätzen auf öffentlicher Straße

gehe, sei gesetzlich vorgegeben, daß lediglich Behinderte mit

bestimmtem Behinderungsgrad eine Reservierung erhalten

können. Natürlich könne die Stadt auch andere, Privatgrundstücke also, zur Verfügung

stellen. Das könne aber das Ordnungsamt nicht entscheiden.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, meinte, es sei ein typischer Fall

dafür, daß etwas Vernünftiges durch eine im Grunde überholte

Gesetzeslage nicht durch-

gesetzt werden könne. Man müsse einräumen, daß man dies damals bei

Beschlußfassung durch den Stadtrat hätte diskutieren müssen. Er

persönlich sei nicht davon ausgegangen,

daß man auf Privatgrundstücke ausweiche. Er wolle, daß seine Worte so gesehen werden - auch mit der Bitte an das

Beigeordnetenkollegium und den Oberbürgermeister - daß diese

Angelegenheit noch einmal in der Beigeordnetenkonferenz erörtert werden möge.

Mit Hilfe der Aufsichtsbehörde, vielleicht auch des Landes, sollte man eventuell als Pilot-

projekt noch einmal einen Versuch wagen.

Herr Dr. Eberhard **Streuber**, Sprecher der Bürgerinitiative „Gesundes Trotha“, äußerte sich

zur Beschlußvorlage - Umgestaltung Trothaer Straße/Reilstraße“ .

Im Vorfeld sei eine Bürgerversammlung in Trotha einberufen worden,

in der die Vorstellungen

zur Umgestaltung der Trothaer Straße bekanntgegeben wurden. Die

Bürger Trothas hätten

mit großer Mehrheit diesem Ausbau für das Jahr 1998 zugestimmt.

Auch die Bürgerinitiative

„Gesundes Trotha“ stehe hinter dem geplanten Ausbau der Straße.

Er frage, warum einige Parteien gegen diese Beschlußvorlage seien.

Er ging auf die Vorteile

ein, die sich aus der Umgestaltung ergeben würden und appellierte

an alle Stadträte, der

Vorlage zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** meinte, auf die Frage, warum sich Parteien anders ge-

äußert haben, als es von der Bürgerinitiative gewünscht werde,

könne er nicht antworten.

Das werde aber sicherlich in der Diskussion zum Tagesordnungspunkt, der diese Vorlage behandelt, deutlich werden. Er bekräftige, daß die Stadtverwaltung die Sorgen der Bürgerinitiative in Trotha kenne und daß Verwaltung und Oberbürgermeister nach wie vor den jetzigen Lösungsvorschlag für richtig halten.

Herr Gerhard **Herrmann**, Anwohner der Trothaer Straße, äußerte sich zum gleichen Thema. Er ging auf ein Bürgerforum mit Verkehrsminister Heyer ein. Er schilderte den Zustand der Trothaer Straße und bat, den Termin für die Durchführung der Baumaßnahme beizubehalten. Weiterhin nahm er zum Problem der Vierspurigkeit der Straße Stellung. Er appellierte an Stadt und Saalkreis, sich intensiv dafür einzusetzen, daß der Autobahnbau zügig vorangetrieben werde.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erwiderte, Herr Herrmann habe schon mündlich und schriftlich zu dem Thema Trothaer Straße Stellung genommen. Die Verwaltung betrachte die heutigen Äußerungen noch einmal als Appell. Was die Autobahnen angehe, so habe der Stadtrat diesem Grundkonzept immer zugestimmt. An dieser Position werde festgehalten. Was jetzt an technischen Verfahren zu machen sei, könne nicht von der Stadt beeinflußt werden.

Frau Helma **Liebetanz**, Anwohnerin der Brachwitzer Straße, äußerte sich zur Thematik Binnenhafenstraße. Wann werde der Baubeginn der Verbindungsstraße zwischen der Brachwitzer Straße und der Magdeburger Chaussee sein? Das interessiere die Anwohner der Brachwitzer Straße sehr, da man den großen Lärm nicht mehr aushalten könne.

Herr Beigeordneter **Dr. Busmann** antwortete, man wolle das so schnell wie möglich machen. Es sei jedoch ein Finanzierungsproblem; man habe die Zuschüsse noch nicht erhalten. Der Grunderwerb werde noch getätigt und der Bebauungsplan sei auf gutem Wege. Es bestehe die Hoffnung, daß 1998 noch begonnen werden könne, aber das sei keine feste Zusage.

Frau Monika **Richter**, Messegesellschaft Halle, sprach zum Antrag der F.D.P.-Fraktion - Konzept zur Entwicklung der Halleschen Messe. Sie richtete an den Stadtrat die Bitte und den dringenden Appell, die Entwicklung des Messestandortes Halle zu fördern und zu unterstützen und begründete dieses Anliegen.

Frau Sigrun **Wosa**, Grundschullehrerin an der Neumarktschule, ging auf die Schließung der Kinderbibliothek in der Lessingstraße ein. Sie fragte, warum diese Bibliothek geschlossen werde und nicht z.B. die Bibliothek für Erwachsene in der Reilstraße. Es sei Kindern nicht zuzumuten, zum Markt in die Bibliothek zu fahren.

Schülerin Corinna **Breitkreutz**, 9 Jahre, und Schüler Eric **Breier**, 8 Jahre, erzählten von einer Unterschriftensammlung und fanden es „doof“, daß die Bibliothek in der Lessingstraße geschlossen wird.

Herr **Gärtner**, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, verwies auf den Beschluß des Stadtrates zur Schließung der Bibliothek Lessingstraße. Dazu gebe es zur Zeit Petitionen und der Beschwerdeausschuß werde morgen tagen. Die Verwaltung habe sehr bewußt abgewogen, welche Bibliotheken man schließe und welche nicht. In dieser Abwägung habe man sich für die Schließung der Bibliothek Lessingstraße entschieden, weil durchaus die Alternative Hallmarkt gegeben sei. Er meine, für die Schüler der Neumarktschule z.B. sei der Weg in die Lessingstraße noch wesentlich komplizierter als auf den Hallmarkt. Zur Frage, warum nicht die Erwachsenenbibliothek in der Reilstraße geschlossen werde, so sage er, man brauche in der Stadt ein strukturiertes Bibliotheksnetz, das alle Stadtteile umfasse. Der Norden der Stadt sei wesentlich größer als das Paulusviertel; man müsse also das Defizit für den Norden ausgleichen.

Herr **Kautius** aus Ammendorf sprach die Namensgebung der neugebauten Leichtathletikhalle an. Alle Vorschläge, die er bisher gelesen habe, finde er etwas merkwürdig. Er schlage vor: TWH (Trainings- und Wettkampfstätte Halle-Kreuzvorwerk).

Frau Kathrin **Pietzonka** äußerte sich als Vertreterin des Schulelternrates der Grundschule „Martin Luther“. Die Elternvertreter dieser Schule seien am 10.11.1997 durch das Schulverwaltungsamtsamt zu einem Gespräch eingeladen worden, bei dem mitgeteilt worden sei, daß die ebenfalls im Haus untergebrachte KGS „Ulrich von Hutten“ einen größeren Raumbedarf angemeldet habe und deshalb die Grundschule aufgelöst werden soll. Mit Erschrecken sei festgestellt worden, daß es dazu ein fast fertiges Konzept gab und eine Veränderung unter Mitwirkung der Eltern kaum noch möglich sei. Sie stellte folgende Fragen:

1. Warum wurden die Eltern bei der Erstellung des Konzeptes nicht mit einbezogen?
2. Warum wurde den Elternvertretern nicht genügend Zeit gegeben, mit allen Eltern der Schule über eine etwaige Schließung zu reden?
3. Was geschieht mit dem Schulprofil und dessen Konzept, das vom Kultusministerium bestätigt ist und für das sich die Eltern entschieden haben?
4. Unsere Schule war eine der ersten, die den Religionsunterricht in ihr pädagogisches Konzept aufgenommen hat. 90% aller Schüler nehmen daran teil. Wird in einer neuen Schule der Religionsunterricht weitergeführt?

5. Was geschieht mit den Lehrern unserer Kinder, die für Grundschüler eine wichtige Bezugsperson sind?
6. Welche Konzepte sind entwickelt worden, um die Kinder sicher durch ein Industriegebiet, ein großes Einkaufszentrum, eine schlecht beleuchtete Gartenanlage, an einem Tanklager vorbei und über eine vielbefahrene Straße in die Rosengartenschule zu bringen?
7. Es ist bekannt, daß das Budget der Stadt sehr eng ist. Wie soll die Ausgliederung des Technikzentrums und die dadurch notwendige Schaffung weiterer AWT-Kabinette finanziert werden?

Herr Beigeordneter **Gärtner** erläuterte, die gleichen Fragen seien in der gestrigen Sitzung des Bildungs- und Kulturausschusses gestellt worden. Dieser Ausschuss berate zur Zeit eine entsprechende Vorlage und werde die hier gestellten Fragen in seine Entscheidungsfindung mit einbeziehen. Er verwies darauf, daß die 3. Verordnung vom Land erst Ende September 1997 veröffentlicht worden sei. Danach erst habe die Stadt konkret planen können. Jetzt seien eineinhalb Monate Zeit für die Diskussion, d.h. die Eltern seien am Beginn dieses Prozesses informiert worden und hätten auch weiterhin die Möglichkeit, sich einzubringen.

Frau **Dr. Klonisch** äußerte sich zur Schließung der Kinderbibliothek Lessingstraße und ging auf die Zahl der Stammleser und daraus resultierende Statistiken ein. Man könne den Kindern in einer Zeit schwieriger Verkehrswege nicht einfach eine Bibliothek nehmen, die sie zu Fuß und allein erreichen könnten. Die Bibliothek sollte erst dann geschlossen werden, wenn eine Alternative gefunden sei, die standortmäßig und finanziell praktikabel sei. Könne man nicht den Erwachsenen (Bibliothek Reilstraße mit 390 eingetragenen Lesern) eher zumuten, etwas längere Wege zurückzulegen? Die Bürgerinitiative in der Uhlandstraße habe angeboten, Räume kostenlos zur Verfügung zu stellen, um die Bibliothek der Kinder zu beherbergen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** antwortete auf die Äußerungen von Frau Richter. Vor einigen Wochen habe die Verwaltung mit Betreibern der Messe und auch mit Frau Richter ein ausführliches Gespräch geführt. Darin seien Eckpunkte benannt worden, die aus Sicht der Verwaltung geklärt sein müssen. Er habe heute einen Antwortbrief zu diesem Thema erhalten; mit diesen Vorschlägen werde man sich beschäftigen. Es könne aber kein Ergebnis dabei herauskommen, daß so aussähe, daß alle negativen Faktoren durch die Stadt beseitigt und alle positiven Gewinne von den Privaten einkassiert werden. Man werde sich intensiv

mit den Vorschlägen befassen und dem Stadtrat in kürze die Meinung dazu vorlegen.

Herr **Portzig** äußerte seine Meinung zu den in der Presse veröffentlichten Vorgängen bei der HAVAG (Whirlpool) und ging auf die Person von Herrn Prof. Schuh ein.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** antwortete, daß er großes Verständnis für den Unmut habe, der nicht nur bei den Bürgern, sondern auch beim Stadtrat und bei ihm entstanden sei, über die Verhaltensweise von Herrn Dr. Colditz. Der eigentliche Kern der Entscheidung liege aber darin, daß dann, wenn ein strafrechtlich relevantes oder in diesem Sinn schuldhaftes Verhalten einer Person nicht nachgewiesen werden könne, ein solches Verhalten nicht einfach unterstellt werden könne. Nur in dem Rahmen des rechtlich Zulässigen könne man auch Sanktionen verhängen; das könne aber nur der Aufsichtsrat der HAVAG, nicht der Stadtrat. Es sei durch die sehr sorgfältigen Ermittlungen kein Grund dafür ermittelt worden, daß Herr Dr. Colditz die in seinem Bad gewählte Luxusausstattung nicht auch selbst habe bezahlen wollen. Wenn dies so sei, gebe es keinen Grund, ihn aus seinem Amt zu entlassen.

Auf Nachfrage von Herrn Portzig zur Person von Herrn Girard und den ihm gegenüber geäußerten Vorwürfen, erklärte Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen**, es stehe eindeutig fest, daß gegen Herrn Girard kein schuldbegründender Vorwurf vorliege. Das Verfahren sei - ohne daß eine strafbare Handlung habe festgestellt werden können - gegen alle Beteiligten eingestellt worden.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Damit wurde die Einwohnerfragestunde beendet.

Dr. Brockmann

Dr. Rauen

Vorsitzender des Stadtrates
Oberbürgermeister
der Stadt Halle (Saale)
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Panian
Protokollantin